



ATTRAKTIV, ABER NICHT EXKLUSIV

Wie wird die Stadt der Zukunft zur
Stadt für alle statt für wenige?

Jacqueline Fehr im Gespräch mit
Bettina Stefanini, SKKG

Regula Lüscher, Architektin, Stadtplanerin,
Senatsbaudirektorin/Staatssekretärin Berlin a.D.

22. Jan. 23, Winterthur

→ www.jacqueline-fehr.ch/dialog



Finanzplatz Zürich

Nachhaltige In- vestitionen oder Greenwashing?

S. 17

Im Gespräch

Wo Gewalt herrscht, ist die Freiheit bedroht

S. 12 – 13

Satirischer Jahresrückblick

Vom komischen Talent des Ungehorsams

S. 22



Sinnsuche



Solène Gün

Beabsichtigt verkürzt, wird der junge arabischsprachende Mann als Problem dargestellt. Dem hält Solène Gün (*1996) zum bereits wiederholten Mal mit künstlerischen Mitteln entgegen. Statt sich in Klischees zu verbohren, sucht sie Erkenntnis. Im Austausch, der Befragung, den Portraits. Mit den Mitteln von Fotografie und Film. Für «The Reflection of Sands» im kurdischen Grenzgebiet zu Syrien, Irak und Iran in der Türkei. Die realen Gegebenheiten einer erschwerten Lebensführung verknüpft sie mit der menschenimmanenten Suche nach einem Sinn im Leben und ergänzt dies mit einer alten persischen Weise, die Hoffnung und Erkenntnis parabelhaft als zu erlangend darstellt. Kurz, stellt sie einer Eindimensionalität Empathie und Komplexität gegenüber. Eine, die von allen heranwachsenden jungen Männern als weitgehend gleich herausfordernd wahrgenommen wird. Hinsehen statt urteilen. froh.

Solène Gün: «The Reflection of Sands», bis 2.4., Raum für Fotografie, Coalmine, Winterthur. www.coalmine.ch

Test, Test



Annina Mosimann

Nachdem Meret Schlegel und Andreas Storm mehrere Jahre ihre Dienste als oeils extérieurs für die Experimentierplattform «Inkubator» zur Verfügung gestellt hatten, ist nun mit Marisa Godoy und Katharina Germa ein neues, beratend zur Seite stehendes Duo am Start. Der sich ergänzende Blick aus der Warte Tanz wie Theater wird also beibehalten, wenn die ausgewählten acht Produktionen ihre Kurzstücke öffentlich einem Publikumsverdict ausliefern. Inhaltliche oder formale Vorgaben – ausser der Maximaldauer von 12 Minuten – gibt es nach wie vor keine. Ob Sprechsolo, Gruppengesang oder Lichtmusikinstallation, das alleinige Kriterium besteht in der überzeugenden Bühnenbespielung mittels diverser Künste. Dabei liegt der Fokus auf dem Austesten, was genauso gut dazu führen kann, in der eingeschlagenen Richtung weitermachen zu können, wie auch alles nochmals neu denken zu müssen. froh.

«Inkubator – Ein Brutkasten für die Zürcher Theaterszene», Fr/Sa, 20./21.1., 19.30h, Fabriktheater, Zürich.

Rechtsaussen



Dietmar Berron-Brena schrieb sein Stück vor der Wahl Giorgia Melonis zur italienischen Ministerpräsidentin, weshalb sich seine Farce «Das zweite Geschlecht» auf die prominentesten deutschen und französischen Rechtsausserfrauen fokussiert, die auf einer fiktiven Vernetzungseinladung durch Bernd (auch: Björn) Höcke zusammentreffen und ihr Menschen- ergo auch Frauenbild derart aufeinander abstimmen sollen, auf dass ihr ohnehin bereits bedrohlicher Einfluss auf nachkommende Frauengenerationen bezüglich einer allgemeinen physischen wie auch ordnungspolitischen Gewaltbereitschaft einerseits, aber auch einer Zementierung eines urtümlich patriarchalen Rollenverständnisses («sona cristiana, sona una madre», Meloni) andererseits noch weiter verfestigt werden kann. Gemäss Ankündigung sollen sich von Le Pen, von Storch und Co. in ihrer Menschenfeindlichkeit gleich selbst disqualifizieren. froh.

«Das zweite Geschlecht», Fr/Sa, 20./21.1., 20h, Theater Keller 62, Zürich. www.keller62.ch

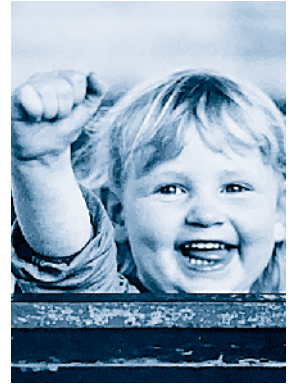
Neustart



Nach dem plötzlichen Hinschied von Jonas Guggenheim (Akkordeon) vor zwei Jahren standen Andrea Kirchhofer (Violine) und Bruno Strüby (Bassklarinette) über die emotionale Herausforderung hinaus auch noch ohne Rhythmussektion da. Den Hörproben nach zu urteilen, die sie im Duo in jüngerer Zeit auf ihrer Homepage veröffentlicht haben, haben sie sich eines alten Schlagzeugwitzes erinnert, der da besagt, Musik verhalte sich zur Rhythmussektion wie Sexualität zum Kondom: Mit sei es sicherer, ohne aber schöner. Unterdessen haben sie zwölf Kompositionen zu einem neuen Album verdichtet und taufen die «Etual» genannte Scheibe auf der allerletzten Insel an der Sihl. Ihrer langjährigen musikalischen Zusammenarbeit ist zu verdanken, dass ihr Harmonietandem nicht nur Vertrautheit meint, sondern auch das gegenseitig achtsame Zusammenspiel beflügelt. Die Musik wirkt filigraner, sprüht aber von ihrem altbewährten Geist. froh.

Zugluft: «Etual», Sa, 21.1., 20.20h, El Lokal, Zürich. www.zugluft.net

Frauenpower



Peter Katzenberger

Rein rechnerisch wäre in der kommenden kantonalen Legislaturperiode eine Frauenmehrheit in der Regierung möglich. Die Frauenzentrale Zürich lädt alle fünf Kandidatinnen zu einem Kennenlernpodium und überantwortet ihre Befragung der für gewöhnlich spitzkommentierenden Kabarettistin Patty Basler: Silvia Steiner (Die Mitte), Carmen Walker Späh (FDP), Jacqueline Fehr (SP), Priska Seiler Graf (SP) und Anne-Claude Hensch (AL) werden neben ihrer politischen Überzeugung auch ihre Schlagfertigkeit mit im Gepäck führen müssen, wollen sie im übertragenen Sinn zum Ende eine gute Figur abgeben. Ob die Wählerschaft eine genauso parteiübergreifende, dezidierte Frauenwahl auf die Zettel zu schreiben bereit ist, muss sich erst herausstellen. Gemäss den bisherigen Vorfühlsstatistiken müssten sich gerade bürgerlich Wählende im über den eigenen Schatten springen üben und auch Anne-Claude Hensch eigenhändig aufführen. froh.

Politpodium: «Züri-Löwinnen 2023», Di, 24.1., 18h, Amboss Rampe, Zürich.

«Der Sitz der Bildungsdirektorin war stets umkämpft»

Regierungsrätin Silvia Steiner (Mitte) freut sich darauf, weitere vier Jahre als Bildungsdirektorin zu amten.

Nicole Soland

Unter «guter Bildung» verstehen längst nicht alle dasselbe, und obendrein ist es mit der Bildung ein bisschen wie im Fussball: Am Match wissen die Fans sofort, was der Schiri besser machen müsste (zu Gunsten ihrer Mannschaft, versteht sich), und in der Bildung kommen alle draus, weil sie schliesslich alle mal in der Schule waren. Was also ist Bildungsdirektorin Silvia Steiner in der zuende gehenden Legislatur gelungen und was weniger? Gelungen sei ihr, das Schülerwachstum von 100 bis 150 zusätzlichen Klassen pro Jahr zu bewältigen. Und zwar nicht einfach zufällig. Es habe zusätzlich Werbung gebraucht, um junge Leute auf die Studiengänge an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PH) aufmerksam zu machen. Auch die Weiterentwicklung inklusive Vergrösserung der PH sei aufgegleist. Die frühe Förderung habe sie ebenfalls ins Visier genommen, fährt Silvia Steiner fort, angefangen bei der Anpassung der Ausbildung der Kindergartenlehrpersonen sowie deren Löhne.

Die Arbeitszeit der KindergartenlehrerInnen umfasst nach wie vor einen Nachmittag pro Woche weniger als jene der PrimarschullehrerInnen, weshalb sie auch entsprechend weniger verdienen. In einem nächsten Schritt gelte es deshalb, den neuen Berufsauftrag entsprechend anzupassen, erklärt Silvia Steiner. Warum erst jetzt? Das Problem ist ja längst erkannt. Der Grund für das, was ihr bisweilen als «zögerliches Verhalten» angekreidet werde, sei taktischer Natur, sagt sie: «Wenn eine solche Vorlage abgelehnt würde, wäre sie vom Tisch und ich müsste von vorn beginnen. Ich habe nur einen Versuch, und für den muss ich den bestmöglichen Zeitpunkt wählen.»

«Extreme Belastungsprobe»

Mit der Corona-Pandemie sei «eine extreme Belastungsprobe», ja die «grösste Krise der Nachkriegszeit» zu bewältigen gewesen, grösser etwa als jene, die der Krieg gegen die Ukraine mit sich gebracht habe: «Die Volksschule kann Kinder von geflüchteten Menschen integrieren, das macht sie ja ständig, dieses Mal waren es aber sehr viele Kinder.» Während der Corona-Pandemie habe es jedoch «alle paar Tage neue Ideen aus Bundesbern» gegeben. Diese zu managen, sei aufwändig gewesen und habe viel zusätzliche Büro-



kratie verursacht – besonders für Schulen und die Lehrpersonen. Als Beispiel nennt Silvia Steiner die Pool-Tests. Diese Krise gemeinsam bewältigt zu haben, wertet Silvia Steiner denn auch als grössten Erfolg. Sie merkt aber an, der ständige Krisenmodus sei im Lauf der Corona-Zeit zu einer immer grösseren Belastung geworden, nicht nur für die LehrerInnen, sondern auch für ihre MitarbeiterInnen in der Bildungsdirektion.

Doch in die zuende gehende Legislatur fällt nicht nur Corona, sondern auch der Umbau der Berufsschulen. Sie ähnelten nun nicht mehr «Gemischtwarenläden», sondern seien zu Kompetenzzentren gebündelt und aufgewertet worden, sagt Silvia Steiner. Damit sei der Kanton Zürich bereit, wenn die vielen SchülerInnen, die aktuell die Volksschule besuchen, dereinst eine Lehre beginnen. In der Sek 2 wiederum habe sie den «digitalen Wandel» bereits vor Corona und damit vor dem aktuellen Hype um die Digitalisierung eingeläutet, betont sie. Doch auch die Hochschulbildung hat Silvia Steiner im Blick – und zum Ausschluss der Schweiz aus dem EU-Forschungsprogramm «Horizon» merkt sie an, wir hätten in Zürich «herausragende Forschungsk Kooperationen, die auch ohne «Horizon» laufen», kurz: «Wenn die EU auf diesem

Gebiet nicht mit uns zusammenarbeiten will, schadet sie sich selbst.»

«Voller Tatendrang»

Alles andere als eine Erfolgsgeschichte ist hingegen das Schnecken-tempo bei den Stipendien, das gibt sie unumwunden zu. Es sei «nicht gelungen, die rechtlichen Grundlagen so umzusetzen, dass eine schnelle Bearbeitung der Gesuche möglich ist». Die Bearbeitungsdauer eines Gesuchs ab dem Zeitpunkt, wenn alle nötigen Unterlagen eingereicht sind, beträgt aktuell 135 Tage. Ihr Ziel ist es, diese Frist auf 50 Tage zu verkürzen. Wenn aber die rechtlichen Grundlagen das eigentliche Problem sind, weshalb hat die Bildungsdirektorin dem Kantonsrat nicht längst eine Vorlage mit den notwendigen Gesetzesänderungen präsentiert? Die Vorarbeiten dazu seien im Gange, erklärt Silvia Steiner. Das entsprechende Amt habe den

Auftrag zu prüfen, wie das Gesetz angepasst werden könnte.

Die letzte Wahl-Umfrage sieht sie gleichauf mit Herausfordererin Priska Seiler Graf von der SP, doch Silvia Steiner lässt sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen: «Ich weiss, dass meine Hausmacht nicht allzu gross ist. Doch der Sitz der Bildungsdirektorin war stets umkämpft.» Die Beobachtung, dass sie mit ihrer direkten Art und ebensolchen Wortwahl im Kantonsrat bisweilen aneckt, kommentiert sie mit den Worten, ihr Tonfall sei «völlig gemässigt», sie verstehe nicht, woher dieser Vorwurf käme. Sie habe kein Problem mit dem Kantonsrat oder ihrer Kommission, sagt sie, im Gegenteil: «Ich blicke der neuen Legislatur voller Tatendrang entgegen und bin zuversichtlich, dass die Wiederwahl gelingt.»

REGIERUNGSRATSWAHLEN 2023

Mit dieser Porträtreihe stellen wir bis Anfang Februar die bisherigen und die neuantretenden RegierungsratskandidatInnen vor: diese Woche Silvia Steiner (Mitte, bisher).

Der Morgen der Initiativen

Der Zürcher Kantonsrat beschäftigt sich am Montag mit Einzelinitiativen von Bürgern und mit Initiativen aus den eigenen Reihen. Dabei wurden eine Reihe davon so klar überwiesen (darunter mehr Geld für Flüchtlinge und Verteilung der Sozialhilfelasten), dass der Ausgang in der zweiten und entscheidenden Runde nach den Wahlen offen ist.

Koni Loepfe

Adolf Flüeli vertrat seine Initiative vor dem Kantonsrat selber. Er will den HalterInnen von Autonummern erstens mehr Rechte einräumen und zweitens die bisherige Form der Schilder mit dem Schweizer- und dem Kantonswappen auf Gesetzesebene sichern. Und dabei für den Kanton noch mehr Geld als bisher für spezielle Nummern herausholen. Da mich dieses Thema wirklich nicht interessiert, hier nur das Wichtigste: Viele wie Claudio Schmid (SVP) sind Zahlenfetischisten und wünschen sich etwa eine Autonummer, die aus den Zahlen des Geburtsdatums oder Ähnlichem besteht. Mit einem transparenten System aller offenen Nummern könnte so jeder Halter und jede Halterin eine auswählen, die ihn oder sie zufrieden stellt, ohne dass die hohen Summen hingeklappert werden müssen, wie sie für ganz spezielle Nummern bezahlt werden müssen. Mit 65 Stimmen von der SVP und GLP erreichte die Initiative die zur Weiterbearbeitung nötigen Stimmen. Da die anderen Parteien eher Desinteresse als Ablehnung signalisierten, ist eine Realisierung nicht ausgeschlossen.

Eine Initiative von Uliana Ischenko für das Stimmrecht für alle Volljährigen im Kanton erhielt mit 31 Stimmen (Grüne und AL) die nötige Unterstützung nicht. Die SP, so Nicola

Yuste, ist inhaltlich ausgesprochen einverstanden mit der Initiative. Sie unterstützt die Einzelinitiative aber derzeit nicht, weil ein ähnlicher Vorstoss der Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch demnächst, wenn auch mit unsicherem Ausgang, im Kantonsrat definitiv beraten wird.

Gleichviel für alle

Die Parlamentarische Initiative von Sibylle Marti (SP) als Erstunterzeichnerin hat drei Ziele: Erstens sollen alle Flüchtlinge mit Status F (vorläufig Aufgenommene) und S (Schutzstatus) in allen Gemeinden gleich entschädigt werden, zweitens sei diese Entschädigung von 70 auf 80 Prozent des Grundbedarfs der Sozialhilfe zu erhöhen und drittens in einem Gesetz und nicht nur in einer Verordnung zu regeln, so dass auch der Kantonsrat mitbestimmen kann. Wie gross die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind, konnte keine der RednerInnen exakt sagen. Auch weil der Regierungsrat eine entsprechende Anfrage nur sehr vage und ohne Befragung der Gemeinden beantwortet hatte. Eine Umfrage des «Tages-Anzeigers» hatte Auszahlungen zwischen 350 Franken und 700 Franken pro Monat für eine Einzelperson ergeben, je nach Gemeinde. Wobei anzumerken ist, dass in diesem Betrag nicht immer das Gleiche enthalten ist. Strom und Ähnliches kann inbegriffen sein oder eben separat entschädigt werden. Unbestritten ist aber, und das hielten alle RednerInnen der Grünen, der AL, der SP, der Mitte und der GLP fest, dass diese sehr knappen Mittel dem Ziel der Integration widersprechen. Wie soll man etwa Deutschkurse besuchen, wenn das Billett für den öV unerschwinglich ist?

Auch die Gleichberechtigung zwischen den verschiedenen Flüchtlingen war bei diesen RednerInnen unbestritten. Während bei den vorläufig Aufgenommenen davon ausgegangen werden kann, dass die Mehrheit von ihnen definitiv in der Schweiz bleiben wird, sieht es bei der UkrainerInnen eher noch anders aus. Würde morgen dort Frieden geschlossen, gingen wohl viele zurück. Wie es in zwei Jahren aussieht, ist eine andere Frage. Aber auch dann wäre allen geholfen, wenn die UkrainerInnen nicht tatenlos in der Schweiz herumsitzen müssen und sie soviel Unterstützung erhalten, dass eine Integration möglich wird. 95 KantonsrätInnen unterstützten die Initiative, was noch keine Garantie ist, dass es

auch nach der Behandlung in der Kommission zu einer Mehrheit reicht. Für die GLP äusserte Sonja Gehrig Bedenken bei der Umwandlung der Verordnung in ein Gesetz und bei der generellen Erhöhung des Grundbedarfs. Ein Ende der «Gemeindelotterie», wie es Sibylle Marti genannt hatte, ist aber auch für sie, wie auch für die Mitte, unbestritten.

Sozialhilfegesetz

Einen weiteren Erfolg konnte die soziale Seite des Rates mit der Überweisung der Initiative von Walter Meier (EVP) zur solidarischen Finanzierung der Sozialhilfe verbuchen. Grob gesprochen tragen die Städte der Agglomeration neben Winterthur und Zürich die grösste Last, ohne dass sie eine Möglichkeit haben, diese Last mit einer andern Politik zu ändern. Die Initiative von Walter Meier sieht nun vor, dass 40 Prozent der Sozialhilfe durch einen Fonds bezahlt werden, der durch alle Gemeinden entsprechend der Einwohnerzahl gespiessen wird, durch vier Prozent wie bisher vom Kanton und durch 56 Prozent von den betroffenen Gemeinden. Diese Initiative wurde mit 90 Stimmen der SP, der AL, der Grünen und der GLP unterstützt und hat einen schwierigen Weg vor sich. Die Bedenken der Bürgerlichen sind für einmal nicht einfach nur schlechter Wille – das auch. Diese nötige Neuordnung berührt den Finanz- und den Zentrumsausgleich. Die Lösung wie bei den Ergänzungsleistungen, dass der Kanton einen höheren Anteil übernimmt, kommt hier kaum infrage.

Drainage

Mit 84 Stimmen der FDP, der SVP und der Mitte überwies der Rat nach einer langen Debatte noch eine Initiative von Paul Mayer (SVP) zur Erhaltung der Versorgungsgrundlagen. Gespielt wurde zeitweise das Lied des Gegensatzes zwischen Biodiversität und Sicherheit der Produktion von Nahrungsmitteln. Auch weil die Initiative mit handwerklichen Fehlern insofern zugespitzt war, als sie den Erhalt sämtlicher bestehender Drainagen verlangt und damit speziell in Gossau in Konflikt mit der teilweise geplanten Verwässerung ehemaliger Nasswiesen gerät. Der Weg zu Kompromissen dürfte in diesem Geschäft aber relativ offen sein, da alle sowohl Ackerland wie Biotop erhalten möchten, wobei Differenzen bestehen, was auf den Äckern sinnvollerweise in erste Linie angebaut wird.

KORRIGENDUM

Im letzten Kantonsratsartikel schrieb ich, dass die Kleinfirma Gisler nach Ausführungen von Regierungsrätin Jacqueline Fehr nicht, wie bisher angenommen, die alten Computer bis 2013, sondern nur bis 2010 entsorgte. Das ist so zu vereinfachen: Jacqueline Fehr führte aus, dass für eine grosse Entsorgung (1300 Compis) im Jahr 2010 Zertifikate vorliegen, diese also korrekt entsorgt wurden. Das bedeutet aber nicht, dass bis zum Beginn von 2014, als Gisler keine Aufträge mehr erhielt, nicht weiterhin Computer zusätzlich auch unkorrekt entsorgt wurden. Das klärt derzeit die Staatsanwaltschaft im Strafverfahren ab. Die Justizdirektion hat keine Einsicht in diese Akten und kann somit auch nicht sagen, ob neben den zertifizierten Entsorgungen von 2010 bis 2013 noch unkorrekte erfolgten. kl.

Mehr Platz und weniger Kommerz

Der Zürcher Gemeinderat stimmte dem Projektierungskredit für eine breitere Personenunterführung am Bahnhof Altstetten zu und überwies ein Postulat für eine selbstorganisierte Nutzung des Kesselhauses des Elektrizitätswerks Letten.

Nicole Soland

An seiner Sitzung vom Mittwochabend befassete sich der Zürcher Gemeinderat mit der bestehenden Personen- und Velounterführung zwischen dem Altstetterplatz und der Max-Högger-Strasse sowie dem Bau einer Velostation am Bahnhof Altstetten. Konkret ging es um einen Projektierungskredit von sechs Millionen Franken für den Ersatzneubau der Unterführung und die geplante neue Velostation.

Ganz neu ist das Geschäft nicht: Bereits im Sommer 2016 hatte der Stadtrat einen Projektierungskredit für eine neue Velostation bewilligt, allerdings ohne Ersatzneubau der Unterführung. Dieser Kredit wird nun aufgehoben. Dass es eine neue Unterführung braucht, begründete Kommissionssprecher Peter Anderegg (EVP) mit der starken baulichen Entwicklung des Gebiets um den Bahnhof Altstetten, dem nahen neuen Eishockeystadion und der Limmattalbahn, deren Endstation sich vor dem Bahnhof Altstetten befindet. Der Verkehr werde noch mehr zunehmen, während die bestehende Personenunterführung aus dem Jahr 1965 ihre Kapazitätsgrenze erreicht habe. Auch die Veloabstellplätze seien bereits stark ausgelastet, sagte Peter Anderegg. Die geplante neue Velostation soll mindestens 520 Velos Platz bieten.

«Von Anfang an breit planen»

Von den drei Begleitpostulaten zu dieser Vorlage hat der Rat eines bereits am vergangenen 7. Dezember überwiesen: Die Fraktionen von SP, Grünen, GLP, AL und Mitte-/EVP hatten damit eine «sichere Ausgestaltung der Veloführung über den Altstetterplatz sowie auf den nördlichen Zufahrten» gefordert. Die Fraktionen von SP, Grünen, AL

und Mitte-/EVP forderten am Mittwoch mit dem einen der verbliebenen Postulate mindestens 1500 Veloabstellplätze. Mit dem anderen verlangten die Fraktionen von SP, Grünen und AL die Realisierung einer «deutlichen Verbreiterung» der neu zu bauenden Personenunterführung.

Markus Knauss (Grüne) erklärte, angesichts der «anspruchsvollen Verknüpfung» des Fuss- und Veloverkehrs wollten die drei Fraktionen nicht riskieren, «vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, sondern die Unterführung von Anfang an breit planen». Die vorgesehenen 3,5 Meter für Velos und 5,5 Meter für FussgängerInnen seien «deutlich zu klein». Derek Richter (SVP) entgegnete, es habe schlicht keinen Platz für eine Verbreiterung: «Wir müssen uns an der Realität orientieren statt an Wunschschröckern.» Mit 116:0 Stimmen hiess der Rat den Projektierungskredit gut. Das Postulat für mehr Veloabstellplätze kam mit 83:13 Stimmen bei 20 Enthaltungen durch, jenes für die Verbreiterung mit 76:13 Stimmen bei 27 Enthaltungen.

Neues Leben für das Kesselhaus?

Mit einem Postulat verlangten die AL- und Grüne-Fraktion «ab sofort und für mehrere Jahre» eine «selbstorganisierte Nutzung für kulturelle und politische Veranstaltungen sowie Selbsthilfewerkstätten und eine Küche» im ehemaligen Kesselhaus des Elektrizitätswerks Letten (siehe auch P.S. vom 11. November 2022). Michael Schmid (AL) begründete die Forderung damit, Zürich habe einen «eklatanten Mangel an nicht-kommerziellen Freiräumen». Die angebliche Einsturzgefahr der Halle habe der Stadtrat in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der AL bereits relativiert. Die Halle sei zwar im kommunalen Inventar der schützenswerten Bau-


ten eingetragen. Das bedeute aber lediglich, dass man einen allfälligen Umbau im Kontakt mit der Denkmalpflege planen müsse. Bezüglich Brandschutz- und Sicherheitsvorschriften liessen sich Lösungen finden, und die fehlenden WC könnte man garantiert günstiger einbauen als für die elf Millionen Franken, die der Stadtrat in der Antwort auf die erwähnte schriftliche Anfrage dafür veranschlagt habe.

Martin Busekros (Grüne) legte nach: Das EWZ habe die Halle «leer stehen und verlottern lassen». Das sei der eigentliche Skandal. Martina Zürcher (FDP) sagte, wer eine Veranstaltung durchführen wolle, müsse sich an viele Regeln halten. Mit nicht-kommerzieller Nutzung sei hier offensichtlich gemeint, dass «alle Regeln, die Sie erlassen haben, nicht gelten sollen». Moritz Bögli (AL) erklärte, Kunst und Kultur dienten in Zürich bloss noch dem Standortmarketing. Besetzungen seien deshalb legitim, solange die «Grundrechte auf Wohnen und Kulturräume nicht erfüllt sind».

Temporäre Nutzung wird abgeklärt


Stadtrat Michael Baumer begann sein Votum mit den Worten, er sei als einziger schon in dieser Halle gewesen – und fügte angesichts des Raunens aus der Ecke der AL an, «ich meine legal». Künftig konzentriere sich das EWZ auf die beiden Standorte Oerlikon und Herdern, und er könnte sich eine kulturelle Nutzung der Halle vorstellen. Diese sei aber nicht möglich ohne grössere Investitionen. Zudem sei der Standort Herdern erst 2027 fertig und bezugsbereit. Der Stadtrat sei jedoch bereit, abzuklären, ob vor einer definitiven eine temporäre Nutzung mit einer günstigen Sanierung möglich sei. Mit 62:52 Stimmen (von SVP, FDP, Mitte-/EVP und GLP) überwies der Rat das Postulat.


Reklame




GRÜN MACHT VORWÄRTS

AM 12. FEBRUAR IN DEN KANTONS RAT
MARTIN NEUKOM WIEDER IN DEN REGIERUNGSRAT







RAMONA LÜTHI
WINTERTHUR STADT



BENJAMIN KRÄHENMANN
ZÜRICH 7/8



GABI PETRI
ZÜRICH 4/5



HÜSEYİN MAMAKLI
ZÜRICH 6/10

Mein Programm gegen den Lehrpersonenmangel

Der Lehrpersonenmangel beschäftigt die Politik. Mit den folgenden zehn Punkten lässt sich die Situation verbessern.

Priska Seiler Graf

Letzten Sommer nahmen an Zürcher Schulen über 500 Personen ohne Lehrdiplom ihre Arbeit als Lehrpersonen auf. Die Bildungsdirektion verkaufte es als Erfolg, dass durch diese Massnahme in letzter Sekunde alle offenen Stellen besetzt werden konnten. Dabei war der Lehrpersonenmangel absehbar und schon längst hätten wirksame Massnahmen ergriffen werden können – nein: müssen. Die Bildungsdirektion stellt den Lehrpersonenmangel als temporär auftretendes Phänomen dar, welches sich sozusagen von selber wieder erledigen werde. Und überhaupt sei die Lösung sehr einfach: Es müssten einfach alle Lehrpersonen ihr Stellenpensum etwas erhöhen. Ersteres ist falsch und letzteres fast schon zynisch. Der Lehrpersonenmangel ist nicht einfach das Resultat einer demografischen Entwicklung. Er wurzelt in einem aus dem Gleichgewicht geratenen System, in welchem der Anspruch an Lehrpersonen und Kinder stetig wächst, die Handlungs- und Investitionsbereitschaft der Politik jedoch nicht mithält. Das funktioniert aber nur, wenn Lehrpersonen, HeilpädagogInnen und Schulleitungen aufgrund ihrer starken Überzeugung bereit sind, das System durch beträchtlichen Mehreinsatz zu stützen. Doch irgendwann reicht selbst die stärkste Überzeugung nicht mehr. Dann werden Pensen reduziert oder der geliebte Beruf an den Nagel gehängt. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind – neben den Lehrpersonen – die Kinder. Ihr Recht auf gute Bildung wird infrage gestellt. Stabile Beziehungen sind durch viele Ausfälle und Wechsel bei den Lehrpersonen nicht mehr gewährleistet. Und natürlich leidet bei überlasteten Lehrpersonen die Unterrichtssqualität.

Aus diesem Grund habe ich zusammen mit Lehrpersonen und verschiedenen BildungsexpertInnen ein 10-Punkte-Programm gegen den Lehrpersonenmangel erarbeitet.

- 1. Lehrpersonen(mangel) ernstnehmen:** Der Lehrpersonenmangel muss in all seinen Facetten ernst genommen werden. Alles andere ist fahrlässig, gefährdet die Gesundheit der Lehrpersonen und damit die Qualität unseres Bildungssystems.
- 2. Lehrpersonenmangel wissenschaftlich untersuchen:** Ursachen und Ausmass des

Lehrpersonenmangels müssen verstärkt wissenschaftlich erforscht werden. Dies ermöglicht, die Gründe, die zum Verlassen des Lehrberufs führen, zu ergründen und ihnen entsprechend begegnen zu können.

- 3. Klassenlehrpersonen stärken:** Klassenlehrpersonen leisten immer anspruchsvoller werdende Elternarbeit, führen Zeugnis- und Feedbackgespräche, kämpfen für sonderpädagogische Ressourcen für Kinder, übernehmen Aufgaben in verschiedenen Arbeitsgruppen und pädagogischen Teams und sind in der Schule erste Bezugspersonen der Kinder. Sie sind *immer* zuständig, wenn es sonst niemand ist. Wir fordern darum mindestens eine Verdoppelung der anrechenbaren Zeit für Lehrpersonen mit Klassenlehrfunktion. Sonst werden sich immer mehr Lehrpersonen weigern, diese zentrale Funktion zu übernehmen.
- 4. Administrative Entlastung:** Der Aufwand, den die Lehrpersonen neben ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, zu bewältigen haben, wächst stetig. Wir fordern darum die flächendeckende Einführung und Finanzierung von Schulsekretariaten, die für zielgerichtete Entlastung sorgen.
- 5. Lektionenfaktor erhöhen:** Gut vor- und nachbereiteter Unterricht, der Aktualitäten einbezieht, lebenswelt- und lehrplanbezogen ist, neue Lernmethoden berücksichtigt und den unterschiedlichen Niveaus gerecht wird, benötigt ausreichend Zeit. Wer eine hohe Qualität von Unterricht erwartet, muss bereit sein, die finanziellen Kosten zu tragen.
- 6. Flexibilität bei den Klassengrössen:** Es gibt grosse Klassen, die gut funktionieren und für Lehrpersonen ohne Qualitätseinbusen zu unterrichten sind. Und es gibt kleine Klassen, die bereits höchst anspruchsvoll sind. Wir fordern darum mehr Flexibilität bei den Klassengrössen, um der Zusammensetzung einer Klasse Rechnung zu tragen. Als Grundsatz soll gelten: Keine Klasse startet mit mehr als 20 SchülerInnen.
- 7. Ausreichend sonderpädagogische Ressourcen:** Herausfordernde Klassenkonstellationen verlangen den Lehrpersonen viel ab. Um allen Kindern gerecht zu werden braucht es mehr als die aktuell vorhandenen Ressourcen. Je nach Konstellation mehr Teamteaching, sonderpädagogische Ressourcen oder Schulassistenzen. Wichtig

ist, dass es in allen Schulhäusern Möglichkeiten für temporäre Sofortmassnahmen gibt. Der Kanton muss die nötigen finanziellen Mittel sprechen, damit die Schulen diese Angebote schaffen können.

- 8. Weiterbildungen fördern und anerkennen:** Um die Attraktivität des Lehrberufes zu steigern fordern wir, dass berufsrelevante Weiterbildungen beispielsweise durch eine höhere Kostenbeteiligung durch den Kanton und durch zu Weiterbildungszwecken gewährtem Urlaub gefördert werden. Geprüft werden soll ausserdem, wie sich bestimmte Weiterbildungen in der Lohnentwicklung widerspiegeln können.
- 9. Praxisnähere Ausbildung:** Viele Lehrpersonen fühlen sich nach absolvierter Ausbildung nicht genügend auf den Beruf vorbereitet. Bemängelt wird zum Beispiel, dass in der Ausbildung stets von idealtypischen Klassen ausgegangen wird, die nicht der Realität entsprechen. Ausserdem fokussiert sich die Ausbildung sehr stark auf das Halten einzelner Lektionen. Zum Lehrberuf gehört jedoch so vieles mehr. Elternarbeit, Umgang mit hoher Belastung, koordinative Aufgaben als Klassenlehrperson und Umgang mit schwierigen Kindern sind Herausforderungen, denen in der Ausbildung deutlich mehr Beachtung geschenkt werden muss, damit sie beim Berufseinstieg nicht zur Belastung werden. Eine mögliche Lösung stellt eine deutliche Erhöhung der im Rahmen der Ausbildung zu absolvierenden Praktika dar.
- 10. Mehr Menschen für den Beruf begeistern:** Lehrpersonen bringen – ungeachtet der diversen Schwierigkeiten – grosse Begeisterung und Motivation für ihren Beruf auf. Diese Begeisterung gilt es mittels Kampagnen sichtbar zu machen, um mehr Menschen für den Beruf zu interessieren und ein positives Bild des Berufes zu vermitteln.

Auf diese Weise möchte ich für die Lehrpersonen Partei ergreifen. Silvia Steiner hat den Lehrpersonenmangel verschlafen und versucht ihn nun einfach auszusitzen. Das ist ein Affront gegenüber den Lehrpersonen, aber auch gegenüber den Kindern. Es braucht endlich jemanden, der hier das Heft in die Hand nimmt und die Ursachen des Problems angeht. Genau das will ich im Regierungsrat tun.

Zoff um Tempo- limite

«Eine handstreichartige Nacht-und-Nebelaktion» und eine «undemokratische Aktion hinter dem Rücken der betroffenen Bevölkerung»: Mit «Bestürzung» und scharfer Kritik reagiert jetzt die SP Thalwil auf ein vom Gemeinderat letzthin ohne Vorankündigung festgesetztes kommunales Geschwindigkeitskonzept. Dieses hält zwar an den bestehenden Tempo-30-Zonen und der beabsichtigten Einführung von Tempo 30 auf der Gotthardstrasse im Geschäftszentrum fest. Für Zündstoff aber sorgt das vom Gemeinderat nun in Eigenregie eingeführte Instrument deshalb, weil damit gleichzeitig an der langgezogenen Tödistrasse, etwas oberhalb des Ortszentrums, entgegen der Forderung der dortigen AnwohnerIn-

nen weiterhin an Tempo 50 festgehalten wird. Und darüber hinaus auch an der Bahnhofstrasse seeseits des Bahnhofs.

Das neue kommunale Konzept, das in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ohne Einbezug der betroffenen Bevölkerung festgesetzt worden sei, sei sachlich falsch und unqualifiziert, schreibt die SP. Vielmehr gehöre Tempo 50 sowohl auf der Tödi- wie der Bahnhofstrasse längst abgeschafft, zumal es sich um «schnurgerade» Strecken handle, die geradezu zum Rasen einladen würden. Und das erst noch mitten in stark belebten Wohngebieten, wo zahlreiche FussgängerInnen, darunter auch Kindergärtler und SchülerInnen, unterwegs seien. Die SP vermutet denn auch hinter dem Entscheid des «FDP-dominierten Gemeinderats» – vier der neun Mitglieder gehören der FDP an – «einen Kniefall» vor dem früheren FDP-Parteipräsidenten Andreas Hammer. Dieser hat unmittelbar nach Veröffentlichung des nun erlassenen Geschwindigkeitskonzepts eine von ihm eingereichte Einzelinitiative wieder zurückgezogen. Darin hatte er nebst der Wiedereinführung von Tempo 60 statt 50 auf der Seestrasse ein Festhalten an allen übrigen Tempo-50-Strecken und eine Überprüfung von bestehenden 30er-Zonen verlangt. Das Festhalten an Tempo 50 auf Tödi- und Bahnhofstrasse begründet der Gemeinderat im Wesentlichen damit, dass es sich um «wichtige Querverbindungen zur Entlastung des Zentrums» handle. Zur blossen Querung von Thalwil würden See- und Tischlenloostrasse mit Höchstgeschwindigkeit 50 sowie die Zürcherstrasse mit Tempo 60 und 50 völlig genügen, argumentiert hingegen die SP. as.

Velo-WM

Im September 2024 kommt der Radsport nach Zürich. Die Vorbereitungen für die Rad- und Para-Cycling-Strassenweltmeisterschaften laufen bereits auf Hochtouren und wurden am Dienstag an einer Medienkonferenz genauer vorgestellt. Es ist das erste Mal, dass die Para-Cycling-Rennen vollständig in dieselbe Veranstaltung integriert werden – Schul- und Sportdepartementsvorsteher Filippo Leutenegger sprach von einem Fest für den Radsport. Die Grossveranstaltung soll hunderttausende Menschen in die Limmatstadt und die umliegenden Region locken – eine Herausforderung für verschiedene Departemente der Stadt. So etwa für Karin Rykarts Sicherheitsdepartement, das mit der Ausarbeitung eines Verkehrskonzepts beauftragt war. Filippo Leutenegger sei zunächst etwas erschrocken, was eine solche WM an Einschnitten für den Verkehr mit sich ziehe, er hätte nicht gedacht, dass es eine so grosse Geschichte wird – aber eine schöne Geschichte werde es allemal. Vom 21. bis zum 29. September finden Strassenrennen, aber auch Volksrennen statt und als Begleitmassnahmen werden verschiedene Routen eingerichtet, wo sich die Bevölkerung etwa an der Originalstrecke der WM 1923 versuchen kann. Was heisst das für den Verkehr? Die Rennen finden fast alle im Osten und Nordosten Zürichs statt, ebenso gibt es Circuits um Winterthur und den Greifensee. Bedeutend blockiert wird der Verkehr neben der Innenstadt in der Nähe des Bellevue lediglich im Quartier Witikon. Um den AnwohnerInnen der betroffenen Quartiere aber auch während der Veranstaltung ei-

nen Weg in die Innenstadt zu bieten, wird der öffentliche Verkehr umgelenkt und ausgebaut. Zufahrten in die Innenstadt wird es via Umleitungen weiterhin geben und einige ÖV-Strecken wie die Forchbahn werden weiterhin normal bedient. Zudem werden wenige hundert Parkplätze temporär aufgehoben. Die Einschränkung des Verkehrs soll weiter nur tagsüber die Fahrt in die Innenstadt erschweren, abends werden die Strassen wieder freigegeben. Die genauen Verkehrsanordnungen wurden im Amtsblatt dieser Woche publiziert – wer betroffen ist und keine der geplanten Mobilitätsalternativen nutzen kann, soll sich bei der Stadt melden. sca.

Vorgeburtlicher Urlaub

Rund siebzig Prozent der Frauen sind drei Wochen vor Geburtstermin krankgeschrieben. Das kennt auch die Winterthurer Stadtverwaltung. 2021 waren achtzig Prozent der schwangeren Mitarbeiterinnen vor der Geburt krankgeschrieben.

Der Winterthurer Stadtrat beantragt daher eine Motion des Gemeinderats zur Einführung eines vorgeburtlichen Urlaubs zur Annahme, wie er am Donnerstag mitteilte. Für den Geburtsverlauf sei eine stressfreie Vorbereitung von Vorteil. Ein vorgeburtlicher Urlaub könne daher das Risiko von Langzeitausfällen minimieren. Zudem würde ein entsprechender Urlaub auch den Druck reduzieren, da jetzt eine Absenz nur durch eine Krankschreibung möglich ist und diese Krankschreibung auch mit einem Stigma verbunden sei. Für die Einführung eines vorgeburtlichen Urlaubs spreche auch eine bessere Planbarkeit. Es ist dann für Arbeitgeberin und werdende Mutter einfacher, die Stellvertretung und Arbeitsplanung zu organisieren. Der finanzielle Mehraufwand bleibt bescheiden, da bereits heute die Kosten für die krankgeschriebenen Mitarbeiterinnen von der Stadt getragen werden. Der Stadtrat erhofft sich davon auch die Positionierung als fortschrittlicher Arbeitgeber und damit einen Vorteil auf dem Arbeitsmarkt. mlm.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 2450 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag,
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.),
Tel. 044/241 07 60 (Politik),
Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241
07 60 (Politik/Produktion),
Thierry Frochoux (froh.),
Tel. 044/240 44 25 (Kultur/
Produktion).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.),
Tel. 044/241 06 70, Peter
Weishaupt (pw./Korrektorat),
Hans Steiger (haste), Tobias
Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.),
Hermann Koch (hk.), Matthias
Erzinger (me.), Angela Bernetta
(net.), Roxane Steiger (rst.),
Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:
Anna Hug, Iris Wehrli,
Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.–
(GönnerInnen: ab 300.–), enthält
10 x jährlich die Musikzeitung
LOOP. Separat-Abo: 33.–
www.loopzeitung.ch

Reklame

«Ich wähle Mario
Fehr, weil er sich
als Sozialminister
konsequent für
Schwächere
einsetzt.»



**Christoph
Sigris**

Pfarrer am
Grossmünster,
Rafz

www.mariofehr.ch

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder in den
Regierungsrat, im Walder 33, 8702 Zollikon



Der ARBUS (Vereinigung für kritische Mediennutzung) ist die älteste Medienorganisation in der Schweiz. Er setzt sich aus Konsument:innenschaft und im öffentlichen Interesse für unabhängige Medien und einen starken Service public im Medienbereich ein. Der ARBUS wird getragen von Einzel- und Kollektivmitgliedern. Für unseren Vorstand suchen wir eine Präsident:in zur strategischen und operativen Leitung.

Präsident:in ARBUS Schweiz

Deine Aufgaben

- Führen des Vereins auf strategischer und operativer Ebene
- Organisation der Vorstandssitzungen (2-3 mal pro Jahr)
- Organisation der Mitgliederversammlung (alle 2 Jahre)
- Redaktion und Versand des Newsletters (2-3 mal pro Jahr)
- Repräsentation des Vereins nach Aussen und in der Öffentlichkeitsarbeit
- Verfassen von Stellungnahmen bei Vernehmlassungen in Zusammenarbeit mit dem Vorstand
- Organisation einer Veranstaltung pro Jahr in Zusammenarbeit mit anderen Vorstandsmitgliedern

Fähigkeiten

- Politisches Interesse im Bereich Medien und Kommunikation
- Unterstützung der Idee des Service public im Bereich Medien
- Freude an der Redaktion von Texten
- Durchsetzungsvermögen, Beharrlichkeit, Teamfähigkeit

Voraussetzungen

- zeitliche Verfügbarkeit ca. 10 Stunden pro Monat, bzw. 120 Stunden pro Jahr (Ehrenamt, unregelmässig verteilt)

Interessiert? Dann melde dich **bis zum 25. Januar 2023** mit deinem CV und kurzem Motivationsschreiben beim derzeitigen Präsidenten Daniel Römer (info@arbus.ch).

ARBUS Schweiz / Daniel Römer / Haldenstr. 176 / 8055 Zürich / info@arbus.ch



Mittwoch, 1. Februar
Zéphir Combo
Chanson festive, Folk, Gipsy

Donnerstag, 9. März
Caludo
Folk mit einer Prise «Bluegrass Drive»

Mittwoch, 22. März
Alban & Ute Faust
Northern Winds Tour 2023

Samstag, 1. April
Morgain
A Mantle So Green – Bernbieter irish Folk

Mittwoch, 24. Mai
**Maxi Pongratz mit
Theresa Loibl**
Meine Ängste – Folk aus dem
Oberammergau (Bayern)

**Ab 2023 neuer
Veranstaltungsort**

Alle Konzerte 20 Uhr
im GZ Riesbach, Seefeldstr. 93
www.gz-zh.ch/gz-riesbach

www.folkclub.ch

Mit freundlicher Unterstützung der Stadt Zürich, (Popkredit),
des Kantons Zürich (Fachstelle Kultur) und des Migros Kulturprozenten.



Manifest für den Schweizer Frauenfussball
Manifeste pour le football féminin suisse
Manifesto per il calcio femminile svizzero



www.forza-le-donne.ch



Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

**Umzug
Transport
Einlagerung**



www.URR.ch ☎ **+41 62 824 04 40**

Bullshitberichterstattung



«Sie (die vierte Gewalt) kann ihre Wächterfunktion nicht wahrnehmen, wenn sie einen Bogen um jedes als geheim etikettierte Dokument macht oder sich an jedes noch so ungerechtfertigte Kom-

missionsgeheimnis hält. Umgekehrt nutzen gute Kontakte auch den Kommunikations-spezialisten im Dienst von Regierung und Verwaltung. Wer ein freundschaftliches Verhältnis zu den Medien pflegt, kann Interesse für Themen wecken, Hintergründe erklären und dafür sorgen, dass der eigene Chef, die eigene Chefin in gutem Licht dasteht. So weit, so normal.» So beginnt Christina Neuhaus, Inlandchefin der NZZ, ihren Kommentar zu den am Samstag bekannt gewordenen Vorwürfen rund um Peter Launers, den vormaligen Kommunikationschef von Bundesrat Alain Berset. Dieser soll gemäss einem Artikel der «Schweiz am Wochenende» Ringier-CEO Marc Walder regelmässig mit vertraulichen Unterlagen zur Corona-Politik des Bundesrats versorgt haben. Gemäss Christina Neuhaus eine eigentlich normale Praxis, aber in diesem Falle demokratiepolitisch ganz schlimm. Warum? Neuhaus begründet dies damit, dass während der Corona-Zeit die Macht der Exekutive gross war, Parlament und Bevölkerung nur wenig zu sagen hatten. Gleichzeitig wurden die Massnahmen grossmehrheitlich von den Menschen mitgetragen. Wenn jetzt der Verdacht aufkomme, dass dies wegen einer manipulierten Presse geschehen sei, so Neuhaus, dann «reicht dies, um dieses Verständnis und das Vertrauen in das System zu untergraben».

Die NZZ doppelt dann auch noch mit einer Datenanalyse nach, wonach Ringier und SRF am wenigsten kritisch über die Massnahmen und den Bundesrat berichteten. Ganz im Gegensatz zu NZZ, «Weltwoche», «Nebelspalter», aber auch «20 Minuten». Das sei der Beweis, dass die «Standleitung» zu Marc Walder die Berichterstattung gefärbt habe. «Das», bilanziert Christina Neuhaus, «sollte für die Branche ein Weckruf sein. Denn mediale Verantwortung übernehmen bedeutet nie, der Regierung blind zu vertrauen. Es heisst vor allem, der eigenen, kritisch-journalistischen Rolle gerecht zu werden.»

Indes wehrt sich «Blick»-Chefredaktor Christian Dorer. Die «Blick»-Redaktion habe keine Weisungen erhalten, recherchiere unabhängig und verwahre sich gegen den Vorwurf, das Innendepartement habe sie beeinflusst. Die Geschichten, die in der «Schweiz am Wochenende» aufgeführt waren, seien unabhängig entstanden und recherchiert worden. Auch der «Tages-Anzeiger», der einige Male in der Pandemie mit Vorabinformationen auf-fiel, sah sich veranlasst, sich zu rechtfertigen. Bundeshausredaktor Fabian Renz schreibt, man sei nicht wie Ringier: «Fakt ist, und Laueners E-Mails bestätigen es: Über einen privilegierten Informationskanal zu Bersets Departement haben die Tamedia-Zeitungen nicht verfügt. Unsere Artikel basierten auf einer Vielzahl verschiedener Quellen. Das ist eben darum wichtig, weil wir uns auf diese Weise nicht in Abhängigkeiten begeben haben. Und unabhängige Medien sind für die Demokratie zentral – in einer Krise wie Corona erst recht.»

Was allerdings in Peter Laueners Mails stand und wem er Mails geschrieben hat, wissen wir alle nicht. Wir wissen nur, was die «Schweiz am Wochenende» geschrieben hat, wohl aufgrund von ihr zugespielten Akten aus einem laufenden Strafverfahren. Was – um der Logik von Christina Neuhaus zu folgen – auch dazu führen könnte, dass das Vertrauen ins System (hier der Justiz) untergraben wird. Man kommt nicht ganz darum herum, allen AkteurlInnen ein gewisses Mass an Scheinheiligkeit zu attestieren. Der «Tagi» versucht sich mal präventiv vom Verdacht reinzuwaschen, er habe auch von Leaks profitiert. Was aber auch niemand so richtig glauben mag, denn von irgendwo sind die Informationen auch geflossen. Und bei NZZ und CH-Media könnte man auch vermuten, sie seien bloss pikiert, dass nicht sie die mit den «guten Kontakten» sind. Denn das Ganze ist ja normal. Nur hier eben nicht. Ich nicht, die anderen auch.

Der Watergate-Skandal 1972 machte aus den beiden Journalisten Bob Woodward und Carl Bernstein Stars und etablierte den investigativen Journalismus. Seither ist jede Journalistin und jeder Reporter auf der Suche nach einem «Gate» und einer guten Insider-Quelle wie «Deep Throat». Nur ist eben nicht alles ein «Gate» und nicht jede Recherche eine grosse Heldentat. Was in den Medien als Recherche verkauft wird,

ist meist das Auswerten von zugespielten Informationen. Was selbstverständlich eine gute Geschichte sein kann.

Aber manchmal eben auch nicht. Die Jagd nach dem Primeur, die bei allen Medien ausgebrochen ist, erlegt eben nicht nur Grosswild, sondern auch viel Kleinvieh. Gerade die vorzeitige Vermeldung von Informationen, die kurz darauf sowieso öffentlich werden. Das seien «Pseudoscoops», die nichts mit investigativem Journalismus zu tun hätten, schreibt Michel Guillaume, Bundeshausredaktor von «Le temps». Diese Art von Indiskretionen sind tatsächlich gang und gäbe, und es ist ein System, von dem beide Seiten profitieren: Informationen für die Medien, gute Publicity für die Politik.

Gleichzeitig richten sie auch Schaden an. Politik in Gremien, sei es in der Legislative oder in der Exekutive, funktioniert eben nicht, wenn Diskussionen nicht auch mal vertraulich geführt werden können. Wie frei kann sich jemand äussern, wenn er oder sie befürchten muss, dass es am nächsten Tag in den Medien zu lesen ist? Wie fest kann sich so jemand bewegen, Kompromisse eingehen? Systematische Indiskretionen können tatsächlich das Vertrauen von Institutionen beschädigen, ohne einen realen Newswert zu bringen. Denn was nützt es mir als Leserin, wenn ich etwas einen halben Tag früher lesen kann, als es nachher ohnehin kommuniziert wird?

Zum zweiten: Kritik ist nicht gleichzusetzen mit kritischem Journalismus. Eine Gleichsetzung von Artikeln, die die Corona-Massnahmen neutral oder wohlwollend begleitet haben, mit Manipulation, ist irreführend. Marc Walder hat die Haltung vertreten, das wurde auch schon früher bekannt, dass man in einer Krise die Regierung stützen sollte. Das ist eine legitime Haltung, genauso wie das Gegenteil. Einen Beweis, dass er dies nur tat, weil ihn Lauener beliefert hat, gibt es nicht. Genauso wenig wie einen Beweis, dass Walders Haltung die «Blick»-Redaktion dominiert hat. Das Aufblasen von Skandalen oder forciert kritischer Journalismus, nur um die eigene Unabhängigkeit zu beweisen, ist auch keine grosse Leistung. Etwas mehr Reflexion statt Pseudoscoops und etwas mehr Inhalt als PR täte allen gut. Auch in der Krise. Das dankt dann auch die Leserin.

Min Li Marti

Das Schulsystem muss integrationsfähig gestaltet werden



Lehrpersonenmangel, Überlastung des Schulpersonals, Beschimpfungen und Bedrohungen der Lehrpersonen. Die Negativ-Berichterstattung zu Schulthemen reisst nicht ab. Es brennt in der Schule.

Jüngst forderten bürgerliche PolitikerInnen die Rückkehr zu Kleinklassen. Die Integration sei gescheitert, betont das Initiativkomitee des Basler Berufsverbands der Lehrpersonen. Es hat die «Förderklassen-Initiative» lanciert. Warum aber funktioniert das integrative Modell nicht, hinter welchem bei der Einführung die meisten Lehrpersonen standen?

Hier lohnt es sich, genauer hinzusehen. Schüler und Schülerinnen mit Beeinträchtigungen, mit Lernschwierigkeiten und mit Verhaltensauffälligkeiten werden, wenn immer möglich, in Regelklassen integriert. So schreibt es das Volksschulgesetz vor. Aus Studien wissen wir, dass dieses Modell nur Vorteile bringt. Und zwar für alle Kinder, denn sie lernen besser.

Gleichzeitig ist es kein Geheimnis, dass verhaltensoriginelle SchülerInnen sehr viel Aufmerksamkeit benötigen und dadurch das Klassensystem beeinträchtigen und Lehrpersonen an ihre Grenzen bringen. Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten sind kein Novum.

Es gab sie schon immer, in jeder Klasse. Aber, die Anzahl steigt. Und die schulische Integration überfordert die Schulen. Die Rückkehr zur Separation durch Klein- und Förderklassen scheint die naheliegende Schlussfolgerung zu sein.

Damit bin ich aber nicht einverstanden. Gerne verweise ich hier auf Parallelen zum sozialen Aufstieg durch den Bildungsweg. Allerweil wird über die Durchlässigkeit unseres Schulsystems geredet, ja, es wird gar schöngeredet. Denn die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Jugendlichen aus bildungsfernen Familien steht der Weg an die Uni zwar in der Theorie offen, ein paar wenige nur landen dort. Denn der Aufwand, zeitlich wie monetär, ist nicht zu vergleichen mit dem direkten Weg zur Uni. Der Staat und die Politik müssen gewillt sein, wenigstens ein Stück weit Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Genauso müssen sie gewillt sein, dass die Integration funktionieren kann. Und genau hier liegt der Hund begraben.

Das Schulsystem muss integrationsfähig gestaltet werden. Und da hat die Zürcher Bildungspolitik versagt. Es braucht kleinere Klassen und es muss in die Schulentwicklung investiert werden, damit die verschiedenen

pädagogischen Bedürfnisse abgedeckt werden können.

An den Zeugnissen kann das strukturelle Problem aufgezeigt werden. Das Zeugnisreglement der Volksschule ist nicht auf den Lehrplan 21 abgestimmt. Der Lehrplan baut auf Kompetenzen auf, die Zeugnisse nicht. Nach wie vor werden dort die einzelnen Fächer benotet. Wie aber soll individualisiertes Lehren funktionieren, wenn alle Kinder am gleichen Tag den gleichen Test schreiben müssen, obwohl sie entwicklungs- und leistungsmässig an ganz unterschiedlichen

Punkten stehen? Wie soll eine Lehrperson individuell beurteilen, wenn sie am Ende des Semesters doch alle über einen Leisten schlagen muss?

Die Politik ist gefordert, Integration möglich zu machen. Kinder, die nicht der Norm entsprechen, einfach in Kleinklassen zu parkieren und ihnen einen Stempel auf die Stirn zu drücken ist ungerecht, rückwärtsgewandt und ineffektiv. Und auch teuer.

und ineffektiv. Und auch teuer. Das Geld wäre besser in mehr Ressourcen und in die Entlastung der Lehrpersonen investiert.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik »Meh Biss« jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



Bald muss die nächste Familie ausziehen



Vor Kurzem lief ich spät abends die Quellenstrasse entlang nach Hause. Bei einem kurzen Seitenblick erblickte ich eine Sprayeri, die meine Gedanken bestätigte. »Luxuswohnungen, so cool K5 sagt danke!«, prangt in roten Lettern an der Hauswand eines Neubaus, an dessen Stelle vor Kurzem noch ein Mehrfamilienhäuschen gestanden hatte. Der Neubau ist einer von mehreren, die in den letzten Jahren in dieser Strasse gebaut wurden: «Gut», mag man sich nun denken, «ein Neubau ist ja wohl nichts Schlechtes.» Doch wenn man sich einen tieferen Einblick verschafft, erkennt man, was das eigentliche Problem ist.

Eine Wohnung wird renoviert.

Die Familie, die bisher in dieser Wohnung gewohnt hat, muss ausziehen und während des Umbauprozesses an den Randgebieten der Stadt verweilen. Wenn sie zurückziehen will, erwartet sie eine unangenehme Überraschung. Die Mietpreise sind nun stark angestiegen, und die einkommensschwache Familie kann sich das Leben in der Stadt nicht mehr leisten. Die Kinder sehen ihre FreundInnen nicht mehr und werden so aus der Community gerissen. Dies erzeugt gesellschaftliche Spaltungen und baut eine Barriere zwischen Arm und Reich auf. In

die neuen Wohnungen ziehen dann hippe Finanzgurus und Expats, die es sich zwar leisten können, aber keinen Teil zum sozialen Leben des Quartiers beitragen.

Die Gentrifizierung spiegelt sich gut in den Mietpreisen wider. Während der durchschnittliche Mietpreis für eine Dreizimmerwohnung im Rest der Schweiz bei 1245 Franken liegt, müssen MieterInnen im Industriequartier gut mal tausend Franken mehr bezahlen. Und weil es oft einfacher ist, einen Beruf in der Stadt zu finden, müssen Personen aus der Agglo auch weitere Arbeitswege zurücklegen, die ebenfalls mit hohen Kosten und einer Minimierung der Freizeit verbunden sind.

Im früheren Industrie- und Arbeiterquartier Zürich West, wo die meisten AusländerInnen wohnten, liegt das mittlere Einkommen mittlerweile höher als in den Quartieren des Zürichbergs. Deutlich erkennbar ist die Gentrifizierung auch am Bildungs-

stand der Bevölkerung, der in den geprägten Quartieren stieg. So wird auch der Lohn und Wohlstand beeinflusst. Wo früher ArbeiterInnenfamilien der unteren Einkommensschicht lebten, schlürfen heute Yuppies ihren Chai und essen ihre über- teuerten Quinoa-Bowls.

Ich gehe weiter, bei einem Blick auf die andere Strassenseite sehe ich, dass das nächste Gerüst schon angebracht ist und bald die nächste Familie ausziehen muss.

Jascha Härke, Vorstandsmitglied Juso Zürich

Im früheren Industrie- und Arbeiterquartier Zürich West liegt das mittlere Einkommen mittlerweile höher als in den Quartieren des Zürichbergs.

Liebe:r Mitstreiter:in



Das ist ein persönlicher Brief an alle Kämpfer:innen, die Tag für Tag unermüdlich und mutig unseren Kampf führen. An diejenigen unter uns, die sich die Zukunft nicht wegnehmen lassen wollen. Die sich nicht mehr hilflos fühlen müssen, weil sie den Kampf längst auf der Strasse und im Diskurs begonnen haben. Ehrlich gesagt ist es ein Brief an Dich, egal ob Du dich unter deinen Freund:innen furchtlos vehement für die Rechte der Schwächsten aussprichst, Streiks organisierst, Gewerkschaftsmitglied bist oder deine Care-Arbeit und Liebe tagtäglich verschenkst. Es ist ein Brief an uns alle, die wir uns nicht abbringen lassen von unserem Kampf für eine gerechte, gemeinschaftliche und glückliche Welt.

Manchmal fragen auch wir uns, ob wir den Kampf gegen all das Geld der Rechten gewinnen können. Manchmal zweifeln wir daran, ob wir den stetigen zermürbenden Ablenkungskampagnen in den von den Bürgerlichen gekauften Medien trotzen können. Und manchmal vergessen wir vielleicht auch tatsächlich, wofür wir eigentlich eintreten.

Doch erinnern wir uns wieder daran: Was uns, Kämpfer:innen der Linken, von den Bürgerlichen unterscheidet, sind unsere Beweggründe! Die Rech-

ten kämpfen aus Bitterkeit, Neid, Hass und Geiz. Die Mittel der Rechten sind das Geld, Lobbys, Lügenkampagnen und das Kaufen von Medien. Klar müssen wir die ganzen Geldflüsse in der Politik transparent machen! Klar müssen wir diese Bestechung und Propaganda stoppen! Aber ein bitterer Mensch vermag nicht zu überzeugen, Hass und populistische Hetze verfangen nur oberflächlich.

Wir hingegen kämpfen aus Liebe und Freundschaft. Wenn wir wissen, dass wir unser Klima, unsere Gesellschaft und unsere Gleichheit für uns und unsere Liebsten retten, dann können wir unendliche Kräfte schöpfen! Im Wissen, dass wir für ein edles Ziel kämpfen, dass unser Antrieb die Liebe ist, müssen wir niemanden mehr überzeugen. Das Gespräch, die Gemeinschaft und Freundschaft bringen die Menschen von alleine auf unsere Seite. Wenn wir Seite an Seite kämpfen, sind wir unglaublich

stark! Geben wir nie auf, denn wir haben eine Welt zu gewinnen!

Auf der Strasse und gegenüber der bürgerlichen Politik müssen wir aber hart, laut und entschieden vorgehen. Wir müssen die bürgerlichen

Märchen dezidiert zurückweisen und stets die Frage stellen: Was für eine Zukunft wollen wir?

Ich persönlich kämpfe für eine Zukunft in Wohlstand, Gleichheit, Sicherheit, für die Gemeinschaft, für Frieden, für eine Welt, in der alle ein glückliches Leben führen dürfen. Wofür kämpfst Du?

Jules Henz, Kantonsratskandidat für den Kreis 1/2 in Zürich, Vorstandsmitglied Junge Grüne Kt. ZH

Wenn wir Seite an Seite kämpfen, sind wir unglaublich stark! Geben wir nie auf, denn wir haben eine Welt zu gewinnen!

«Das Ziel ist eine gewaltfreie Gesellschaft»

Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt im Jahr 2017 ratifiziert. Diese soll nun von den Kantonen umgesetzt werden. Die Zürcher Regierungsrätin Jacqueline Fehr erklärt im Gespräch mit Roxane Steiger, was der Kanton Zürich bisher erreichen konnte.

Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt 2017 ratifiziert. Wozu verpflichtet uns das?

Jacqueline Fehr: Ich bin sehr froh um die Istanbul-Konvention. Sie verpflichtet uns dazu, den Kampf gegen häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen zu verstärken. Der Kanton Zürich war schon vor der Istanbul-Konvention ein Vorreiterkanton in dieser Bemühung. Wir haben eine starke Gewaltprävention, ein Bedrohungsmanagement und eine Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt bei der Kantonspolizei. In den letzten Jahren haben wir diese Dienste sowie die Opferhilfe nun aber noch erweitert und gestärkt. Das sind wichtige Schritte. Wir haben die Frauenhäuser auf eine solidere Basis gestellt und bei Justizvollzug und Wiedereingliederung die Lernprogramme ausgebaut. Bei den Lernprogrammen trainieren Menschen, die häusliche Gewalt ausüben, andere Verhaltensmuster. Denn das Hauptziel ist immer, dass häusliche Gewalt aufhört.

Die Konvention wurde auf nationaler Ebene ratifiziert. Welche Rolle kommt den Kantonen zu?

Als Kantone sind wir die Hauptverantwortlichen für die Umsetzung. Damit haben wir eine Schlüsselrolle. Alle Bereiche, also die Staatsanwaltschaft, die Opferhilfe, die Polizei, aber auch die Bildung, die Gesundheit oder die Volkswirtschaftsdirektion mit dem Arbeitsmarkt sind involviert. Wir – also die Verantwortlichen in den Kantonen – treffen uns regelmässig, um unsere Bestrebungen zu koordinieren und voneinander zu lernen. Da zeigt sich beispielhaft die Stärke des Föderalismus: Die verschiedenen Kantone haben unterschiedliche Spezialitäten. Indem wir uns darüber austauschen, können wir gegenseitig von den Erfahrungen profitieren.

Der Regierungsrat legte den Einsatz gegen Gewalt an Frauen als Schwerpunkt der Legislaturperiode 2019-2022 fest. Was konnte der Kanton Zürich konkret erreichen?

Wir haben mehr Geld in diesen Kampf investiert. Als ganz zentrale Massnahme haben wir die Lernprogramme markant ausgebaut.

Heute ist es möglich, Menschen, die wegen häuslicher Gewalt verurteilt worden sind, zu einem Lernprogramm zu verpflichten. Lernprogramme wollen eine Verhaltensänderung bewirken – mit dem Ziel, dass die betreffende Person sich in künftigen Konfliktsituationen gewaltfrei verhält. Während in früheren Jahren jährlich um die 20 Personen ein solches Lernprogramm absolviert haben, nehmen heute gegen 200 Personen daran teil. Unsere Fachleute haben dazu eine Evaluation durchgeführt. Diese zeigt, dass die Lernprogramme sehr erfolgreich sind. Teilnehmer werden signifikant weniger rückfällig. Dies zahlt sich auch finanziell aus. Für jeden investierten Franken können wir vier Franken einsparen. Auch die Opferhilfe konnten wir ausbauen. Im Bereich der Schutzunterkünfte haben wir während der Corona-Pandemie zusätzliche Plätze geschaffen und temporär ein zusätzliches Frauenhaus eröffnet.

Ein grosses Thema ist ausserdem die Anwendung von Electronic Monitoring, also die elektronische Überwachung zum Schutz von gewaltbetroffenen Personen. Seit einem Jahr ist es möglich, Electronic Monitoring bei Fällen von häuslicher Gewalt einzusetzen. Ich werde eine Delegation leiten, die nach Spanien reist, um zu schauen, wie die Behörden solche Instrumente einsetzen. Spanien ist in diesem Bereich führend. Es gibt dort die Möglichkeit, bedrohte Personen mit einem Notfallknopf auszurüsten, damit sie rasch um Hilfe rufen können.

Während der Pandemie war häusliche Gewalt mehr denn je ein Thema. Mussten in dieser Zeit zusätzliche Massnahmen ergriffen werden?

Als es hiess, dass alle ins Homeoffice gehen müssen, war schnell klar, dass die Beratungsstellen dies nur bedingt können. Wir mussten also zuerst die nötigen Schutzkonzepte umsetzen, damit die Opferberatung weiterarbeiten konnte. Die Schutzunterkünfte mussten sich so aufstellen, dass sie bei Quarantänefällen genügend Platz hatten. Dank eines gemeinschaftlichen Efforts verschied-

ener Akteure gelang es, rasch ein zusätzliches Haus in Betrieb zu nehmen. Wir haben zudem davon profitiert, dass eine der anerkannten Opferberatungsstellen mit finanzieller Unterstützung durch den gemeinnützigen Fonds kurz vor der Pandemie das Projekt einer Chatberatung im Opferhilfebereich aufgelegt hatte. Zudem haben wir ein Monitoring durchgeführt, um verfolgen zu können, wie sich die Anzahl der Schutzsuchenden entwickelt. Wir stellten zu Beginn der Pandemie eine Abnahme und danach eine Zunahme fest.

Die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt stellte im Jahr 2021 der ersten nationalen Gleichstellungsstrategie einen von vier Schwerpunkten dar. Weshalb ist der Schutz vor Gewalt für die Gleichstellung wichtig?

Gleichstellung gelingt nur in einem angst- und gewaltfreien Klima. Wer Angst hat, kann sich nicht emanzipieren, seine Rechte einfordern und für seine Rechte einstehen. Darum ist das Eindämmen von Gewalt ein entscheidendes Element zur Verwirklichung von Gleichstellung. In der binären Logik spricht man von Mann und Frau, es geht aber um die generelle Gleichstellung der Menschen. Überall wo Gewalt, Angst oder Einschüchterung herrscht, ist die Freiheit und damit auch die

Gleichstellung bedroht. Seit ich Politik mache, treibt mich dieses Anliegen an: Voraussetzungen zu schaffen, die echte, nachhaltige Gleichstellung ermöglichen.

Kernstück der Istanbul-Konvention ist eine diskriminierungsfreie Umsetzung. Alle Personen sollen gleichermassen Zugang zur Opferhilfe haben. Also LGBTQI Personen, trans Menschen, Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund. Wie wird das sichergestellt?

Das ist eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Ich bin stolz auf das, was wir in den letzten dreissig Jahren erreicht haben. Mir ist aber bewusst, dass wir längst nicht am Ziel sind. Es gibt noch viel zu tun, gerade beim diskriminierungsfreien Zugang

«Überall wo Gewalt, Angst oder Einschüchterung herrscht, ist die Freiheit und damit auch die Gleichstellung bedroht.»



Regierungsrätin Jacqueline Fehr kämpft für eine gewaltfreie Gesellschaft und für den Schutz von Menschen, die besonderes gewaltbetroffen sind. zVg

– oder überhaupt beim Zugang zu Opferberatung und Unterstützungsmassnahmen. Wie erfahren die Menschen von ihren Rechten? Wie können sie diese wahrnehmen? Wie kann man sie angemessen unterstützen? Es ist zum Beispiel wichtig, dass es Beratungsstellen für queere Menschen gibt, welche sich in den spezifischen Formen von Gewalt auskennen, denen diese Menschen ausgesetzt sind. Es ist generell von grosser Bedeutung, dass alle Bereiche des Rechtsstaats diskriminierungsfrei erreichbar sind. Wie macht man eine Anzeige? Wie läuft eine Befragung ab? Welche Hilfsmittel gibt es für Menschen mit Beeinträchtigung, um ein faires Verfahren aufzuleiten? Das sind Fragen, die wir beantworten müssen. Daher wird der Diskriminierungsschutz in der nächsten Legislatur bestimmt ein Schwerpunkt sein.

Sie haben die binäre Logik erwähnt. In der Konvention geht es spezifisch um den Schutz von Frauen. Das Transgender-Network, das eine Community ausserhalb des binären Systems vertritt, fordert, dass sie bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention berücksichtigt werden. Was sagen Sie dazu?

Diese Diskussion ist wichtig, darf aber gleichzeitig nicht vom Thema ablenken. Ich höre weitere Stimmen, die sagen, dass es ja auch Gewalt gegen Männer oder Kinder gibt. Das stimmt natürlich. Entscheidend ist das Grundsätzliche: Wir setzen uns für eine gewaltfreie Gesellschaft und für den Schutz von

Menschen ein, die besonderes gewaltbetroffen sind. Darum geht es. Und dafür kämpfe ich. Gewalt gibt es gegen alle Geschlechter. Es gibt allerdings Häufungen, und diese gibt es aufgrund von gesellschaftlicher Akzeptanz, kulturellen Normen oder in Bezug auf Abhängigkeit und Ressourcen. Bei diesem Thema sind wir nie am Ziel. Deshalb müssen wir uns im gesellschaftlichen Austausch immer wieder darum bemühen, Lösungen zu finden.

Aktuell mangelt es in den Frauenhäusern an Plätzen. Nun soll die Unterstützung im Kanton Zürich ausgebaut werden. Wie soll das geschehen?

Es ist wichtig, dass wir in den Frauenhäusern genügend Plätze haben. Allerdings muss ich hier präzisieren. In den Frauenhäusern hätten wir eigentlich genug Platz. Weil es aber schwierig ist, Anschlusslösungen zu finden, kommt es zu einem Rückstau. Das Problem ist vor allem der angespannte Wohnungsmarkt. Es ist sehr anspruchsvoll für eine Frau, die in einem Frauenhaus zur Ruhe gekommen und nun wieder bereit ist, selbstständig zu leben, eine Wohnung zu finden. Deshalb bleiben Frauen – mit und ohne Kinder – oftmals zu lange in den Frauenhäusern. Und so fehlt dann der Platz für die nächsten Schutzbedürftigen. Wir brauchen auf dem Wohnungsmarkt

genügend Unterkünfte und Anschlusslösungen. Da sind wir darauf angewiesen, dass wir mit gemeinnützigen Eigentümern Lösungen finden können. Dieser Prozess ist im Gang.

Was sind weitere Herausforderungen beim Schutz vor häuslicher Gewalt im Kanton Zürich?

Wir brauchen bessere statistische Daten in diesem Bereich. Man erfasst zwar verschiedene Daten, etwa zur Anzahl der Anzeigen und zur Anzahl der Verurteilungen bei Vergewaltigungen, kann sie aber nicht in Bezug zueinander bringen. Wir müssen die Datensätze harmonisieren, so dass sie dasselbe messen und miteinander korrespondieren können. Deshalb wollen wir im Kanton Zürich einen Datensatz aufbauen. Dieser soll uns dabei unterstützen, die grossen Probleme zu identifizieren und zu erkennen, wo wir mit welchen Massnahmen Wirkung erzielen können. Dieser Herkulesaufgabe nimmt sich in meiner Direktion das Statistische Amt an. Es wird damit eine Pionierarbeit für die ganze Schweiz erbringen. Zudem sind wir daran, die Strategie der Opferhilfe neu zu formulieren. Auch hier geht es darum, den Zugang zu verbessern – namentlich für jene gesellschaftlichen Kreise, die diesen Zugang bisher nicht oder nur schwer gefunden haben. In einer überdirektionalen Arbeit sind wir ausserdem daran, ein Zürcher Modell für die Krisenintervention zu entwickeln. Dabei schauen wir an, wie man die Beweiserhebung bei Sexualdelikten vereinfachen kann. Wir möchten erreichen, dass mehr Frauen bei sexueller Gewalt Anzeige erstatten.

Sie kandidieren im Februar erneut für den Zürcher Regierungsrat. Wofür würden Sie sich in einer weiteren Amtszeit als Regierungsrätin in Bezug auf häusliche Gewalt einsetzen?

Im Zentrum ist und bleibt für mich das grosse Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft. Darum geht es und darauf will ich hinarbeiten – mit aller Kraft. Das heisst dann im Einzelnen: Ich werde mich weiterhin für die Umsetzung der Istanbul-Konvention einsetzen. Wir wollen das Projekt «Childs Friendly Justice» vorantreiben. Hier geht es um die Frage, wie man Verfahren gestalten soll, bei denen Kinder involviert sind – ob als Opfer, Angehörige oder als Beobachterinnen und Beobachter. Dann arbeiten wir weiter an den erwähnten Projekten: an der Verbesserung des Datensatzes, am weiteren Ausbau der Lernprogramme, an einem einfacheren Zugang zur Opferberatung sowie an der Sensibilisierung für die spezifischen Formen von Gewalt. Gewalt im privaten Umfeld ist für die Betroffenen dermassen lebenszerstörend, dass es nicht sein darf, dass wir da auch nur einen Tag Pause machen.

«Gewalt im privaten Umfeld ist für die Betroffenen dermassen lebenszerstörend, dass es nicht sein darf, dass wir da auch nur einen Tag Pause machen.»

Zuversicht und Sorge zugleich

Wie steht es um die Zürcher Gewässer? Laut dem Gewässerbericht 2022 nicht schlecht. Aber allzu gut geht es ihnen dennoch nicht: Trotz Verbesserungen offenbaren sich neue Problematiken.

Sergio Scagliola

Regierungsrat Martin Neukom versuchte am Mittwoch, eine überraschend komplizierte Frage zu beantworten: Wie geht es den Zürcher Gewässern? Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts «Wasser und Gewässer 2022» lud die Baudirektion des Kantons Zürich zur Medienkonferenz im Gewässerschutzlabor des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL). Der Bericht erscheint alle vier Jahre und zeigt den Zustand der Zürcher Gewässer, Entwicklungen in der Gewässerqualität und auch den Handlungsbedarf im Gewässerschutz auf. Es zeigt sich: Ganz grundsätzlich wird es besser. Dass die Schweiz im internationalen Vergleich bezüglich Gewässerschutz ganz vorne dabei ist, darauf war Martin Neukom durchaus stolz. Dennoch: Gewisse Bereiche bereiten ihm und dem AWEL Sorgen. Noch immer fließen zu viele Schadstoffe über mehr oder minder weite Umwege in die Zürcher Gewässer – etwa durch Abwasser von Strassen, durch welches bei Regen Schwermetalle und andere Schadstoffe in die Flüsse gelangen, oder auch durch Mikroverunreinigungen, wenn Wirkstoffe von Medikamenten oder Pflanzenschutzmitteln in den Wasserkreislauf gespült werden. Auch durch den Klimawandel herbeigebrachte Veränderungen stellen für die Gewässer teils gewaltige Probleme dar.

Was ist schuld?

Bei komplexen Systemen wie dem Wasserkreislauf sind einzelne Faktoren, die dem gesamten System schaden, schwierig zu isolieren. Als Beispiel: Neue Pflanzenschutzmittel mit neuen Wirkstoffen offenbaren sich oft nicht direkt als schädlich, sondern oft erst, wenn sie bereits im Kreislauf vorhanden sind. Wie schädlich ein Stoff ist, kann zudem selten sofort beurteilt werden und so muss das AWEL oft abwarten, bis ein von ihm nachgewiesener Stoff als bedeutend umweltschädlich bestätigt werden kann. Während also beispielsweise die Phosphat- oder Ammoniumbelastung stark zurückgegangen ist, haben sich indes neue Schadstoffe herauskristallisiert, die den Wasserbewohnern zusetzen. Relative Klarheit offenbart sich oft im Produkt unserer Belastung des Ökosystems – wie beispielsweise in der Fischfangquote. In Fliessgewässern ist die Anzahl gefangener Fische seit 1980 dra-



Im Gewässerschutzlabor nahe der Limmat untersuchen ForscherInnen, was im Gewässerbett schwimmt und kraxelt, und ebenso ob es erwünscht oder schädlich ist. Sergio Scagliola

matisch gesunken. Zwischen 1940 und 1980 wurden durchschnittlich 75 000 Fische aus den Fliessgewässern Zürichs gezogen, in den letzten vierzig Jahren ist diese Zahl um 80 Prozent zurückgegangen. Nicht so dramatisch ist die Situation im Zürichsee, wo der Ertrag des Fischfangs in den letzten 80 Jahren ungefähr gleich geblieben ist, wenn auch mit leichtem Abwärtstrend.

Dennoch zeigen sich in der Schadstoffbelastung deutliche Besserungen, was insbesondere mit technischen Neuerungen bei den Kläranlagen zu tun hat. Bereits heute sind an einigen Orten Systeme installiert, die Mikroverunreinigungen durch Medikamente und Pflanzenschutzmitteln herausfiltern können. Diese Systeme sollen zudem in den nächsten 15 Jahren in den verschiedenen Kläranlagen des Kantons an den meisten Orten implementiert werden. Heute werden die Anforderungswerte bezüglich Mikroverunreinigungen im Wasser in rund einem Drittel der Quartalsproben im Kanton erfüllt.

Nicht so kühles Nass

Der neue grosse Stressfaktor für Martin Neukom und die Zürcher Gewässer ist der Klimawandel. Dass der Zürichsee immer wärmer wird, ist bekannt. Die Folgen, die das hat, weniger. Es geht hier um Wassertemperatur: Wasser hat bei vier Grad Celsius die

höchste Dichte. Am Seegrund ist diese Marke meistens erreicht – und hier findet sich auch das sauerstoffärmste Wasser. Wenn der See im Winter an der Oberfläche ebenfalls eine Wassertemperatur von vier Grad erreicht, dann sinkt dieses Wasser aufgrund der höheren Dichte und es kommt so zu einer Durchmischung des sauerstoffreichen und -armen Wassers, die für das Ökosystem unbedingt notwendig ist. Durch höhere Temperaturen im Winter und somit einem zu warmen See geschieht diese Zirkulation nicht. So bleibt dieses sauerstoffarme Wasser am Seegrund – und dehnt sich aus: Seit dem Jahr 2000 streckt sich so diese sauerstoffarme Zone immer stärker gen Oberfläche.

Die Fliessgewässer haben derweil das Problem, dass durch höhere Temperaturen weniger Wasser fließt. Das hat zur Folge, dass die Konzentration der Schadstoffe in Relation zur Wassermasse steigt und Grenzwerte so überschritten werden – das Wasser wird für Tiere toxisch. Was man aber dennoch weiss, ist, dass Gewässer, die einen natürlichen Lebensraum bieten oder zumindest simulieren, resilienter sind. Deshalb die Renaturierungsmassnahmen, ob in der Limmat, Sihl oder den Seen. Dass diese aber umgesetzt werden, braucht es viel politischen Willen – ob unsere VertreterInnen mit Grünphobie diesen haben?

Kopf-an-Kopf-Rennen am Zürichsee

Vor vier Jahren hatte die GP noch knapp das Nachsehen. Diesmal aber könnten die Grünen im Bezirk Horgen in einem Kopf-an-Kopf-Rennen der GLP ihren damals der BDP abgerungenen zweiten Sitz abjagen. An der Goldküste wackelt vor allem der Mitte-Sitz. Und während sich andere Parteien (zweck)optimistisch geben, ist etwa die SP primär auf Besitzstandswahrung aus.

Arthur Schächli

4 SVP, je 3 FDP und SP, 2 GLP und je 1 GP, Mitte und EVP: So setzt sich die 15-köpfige Kantonsratsdelegation aus dem Bezirk Horgen zusammen. Und daran dürfte sich auch nach dem Wahlsonntag vom 12. Februar nur wenig ändern. Auch weil alle Bisherigen nochmals antreten. Spannung aber verspricht zumindest die sich abzeichnende Neuauflage eines Duells zwischen GLP und GP, die vor vier Jahren beide kräftig zulegten und nun je einen zusätzlichen Sitz anvisieren. Mit einem WählerInnenanteil von 11,74 Prozent oder einem Vorsprung von nur gerade 1,66 Prozent hatte die GLP der GP damals das einzige Mandat der einstigen BDP vor der Nase weggeschnappt. Und so einen zweiten Sitz geholt. Damit das Pendel zwischen den beiden ungleichen, bei den letzten Kommunalwahlen erneut erfolgreichen Ökoparteien diesmal zugunsten der GP ausschlägt, müssten die Grünen entgegen kantonalen Umfragetrends etwas zulegen oder die GLP verlieren.

Hinter der bisherigen GP-Kantonsrätin Edith Häusler (Kilchberg) schicken die Grünen Elena Michel (Rüschlikon), Co-Präsidentin der Operation Libero Zürich, ins Rennen. Und die GLP neben den bisherigen Christa Stünzi (Horgen) und Gemeinderat Gabriel Mäder (Adliswil) auf einem vorderen Listenplatz auch den Wädenswiler Stadtrat Pierre Rappazzo. Er war 2015 nach einem Jahr als Kantonsrat abgewählt worden. Könnten GLP, GP oder etwa auch die FDP deutlich zulegen, müsste wohl auch die SP bangen. Sie erreichte 16,57 Prozent und will ihre drei Sitze mit dem Wädenswiler Stadtrat Jonas Erni, der Adliswiler Stadträtin Carmen Marty Fässler und dem Thalwiler Gemeinderat Davide Loss verteidigen und portiert auf dem vierten Platz den Adliswiler Gemeinderat Esen Yilmaz. Zittern muss sodann das SVP-Quartett mit Urs Wasser (Langnau), Marcel Suter (Thalwil), Christina Zurfluh (Wädenswil) und der Wädenswiler Gemeinderätin Sandy Bossert. Vor vier Jahren war die SVP als stärkste Kraft bereits um -5,43 auf 24,07 Prozent eingebrochen, aber mit einem blauen Auge ohne Sitzverlust da-



Wahlkampf zwischen Bahnhof und Gemeindehaus Meilen: Das SP-Spitzenquartett mit Kantonsrat Hanspeter Göldi (vorne) im Dialog mit WählerInnen. Arthur Schächli

vorgekommen. Das könnte sich ändern, wenn die Partei nach dem jüngsten Debakel bei den Kommunalwahlen im Bezirk am 12. Februar weiter Federn lassen sollte. Profitieren dürfte dann am ehesten die FDP. Sie kam auf 21,21 Prozent und tritt wieder mit der Wädenswiler Stadträtin Astrid Furrer, dem Rüschliker Gemeindepräsidenten Fabian Müller sowie dem Adliswiler Stadtrat Mario Senn an, der im November für Hans-Peter Brunner (Horgen) nachgerückt war. Ihre Einerververtretungen halten dürfte die Mitte mit dem Adliswiler Stadtpräsidenten Farid Zeroual und die EVP mit Tobias Mani (Wädenswil). Chancenlos bleiben EDU, Aufrecht/Freie Liste und auch die AL mit dem in Wädenswil aufgewachsenen und auf dem letzten Platz aufgeführten Stadtzürcher AL-Gemeinderat Walter Angst.

Verschiebungen an der Goldküste?

An der Goldküste, wo zwölf Mandate zu vergeben sind, wackelt wohl der Stuhl der Mitte von Marzena Kopp, Gemeinderätin in Meilen. Sie rückte im Frühling für Apothekerpräsident Lorenz Schmid (Männedorf) nach. 2019 kam dessen damalige CVP zwar nicht einmal auf die Hälfte der Stimmen der GP –

aber gleichwohl ebenfalls wieder zu einem Sitz. Die SP, die am rechten Ufer über eine relativ robuste WählerInnenbasis verfügt, hat zwar gute Chancen, ihre Doppelvertretung mit Hanspeter Göldi, Gemeinderat in Meilen sowie mit Rafael Mörgeli (Stäfa), der im Sommer für Esther Meier (Zollikon) nachgerückt war, zu behaupten. Sie könnte aber als drittstärkste Kraft abgelöst werden. Von der GLP, die 2019 als Wahlsiegerin zu einem zweiten Sitz und auf 13,34 Prozent kam und damit nur einen knappen Prozentpunkt hinter der SP lag. Die GLP brillierte auch bei den Kommunalwahlen und greift jetzt nach einem dritten Mandat. Wählerpotenzial absahnen könnte die GLP vor allem beim Freisinn, der 2019 wie die stärkste politische Kraft, die SVP, einen von vier Sitzen einbüsste und nach ebenfalls empfindlichen Verlusten bei den Kommunalwahlen bloss noch mit einer bisherigen Kantonsrätin, Corinne Hoss-Blatter (Zollikon) und ohne ihr Zugpferd, FDP-Fraktionschefin Beatrix Frey-Eigenmann (Meilen), antritt. Ungefährdet scheint der Sitz von GP-Fraktionschef Thomas Forrer (Erlenbach) und chancenlos bleiben EDU, AL, Aufrecht/Freie Liste und wohl auch die EVP.

Ein Bauernhof für ProsumentInnen

Solidarische Landwirtschaft im urbanen Raum? Ja, das funktioniert – in der Landwirtschaftskooperative Ortoloco bereits seit dreizehn Jahren.

Nicole Soland

Angefangen hat alles mit Gemüse, Bio-Gemüse, um genau zu sein. 2010 begann die damals neu gegründete Landwirtschaftskooperative Ortoloco auf einer halben Hektare Land, das zum Fondlihof in Dietikon gehört, mit dem Gemüseanbau. Die Mitglieder zahlten nicht nur für das frische Gemüse, das sie jede Woche in ein Depot ihrer Wahl geliefert bekamen, sondern sie halfen auch ehrenamtlich mit, beispielsweise beim Ernten oder Ausliefern des Gemüses in die Depots. Im Laufe der Zeit wurde aus der halben eine ganze Hektare, heute stehen eineinhalb Hektaren Land fürs Gemüse zur Verfügung. Der damalige Fondlihof-Bauer Samuel Spahn war von Anfang an überzeugt vom Projekt, und eines Tages erklärte er, die jungen Leute könnten doch dereinst seinen Hof übernehmen. So kam es auch, erzählt Christian Müller, Mitglied des Vorstands und der Kommunikationsgruppe von Ortoloco: Seit 2021 betreibt die selbstverwaltete Genossenschaft Ortoloco, nun nicht mehr als Gemüse-, sondern als Landwirtschaftskooperative im Sinne der «Solidarischen Landwirtschaft» (Solawi), den Fondlihof. Die sechs fest angestellten Fachkräfte erzeugen zusammen mit den PraktikantInnen und den Genossenschaftsmitgliedern nebst Gemüse auch Obst, Süssmost, Getreide, Rindfleisch, Speisesoja, Sonnenblumenöl, Eier und Teekräuter auf dem mittelgrossen Bauernhof, der sich unweit der Dietiker Stadthalle befindet.

Das Solawi-Prinzip

Wer bei Ortoloco Lebensmittel beziehen will, muss sich zur ehrenamtlichen Mitarbeit auf dem Fondlihof verpflichten. Je nachdem, welche Abozusammensetzung jemand wählt, muss er oder sie zwischen vier und vierzehn halbtägige Einsätze pro Jahr leisten. Fürs Jahr 2023 sind noch rund zehn Abos zu vergeben. Liegt das daran, dass die Leute lieber nur einkaufen, als sich die Hände schmutzig zu machen? «Nein, der Grund ist folgender: Mit der Übernahme des ganzen Hofes hatten wir auf einen Schlag nicht mehr nur Gemüse im Angebot, sondern ein viel grösseres Volumen. Gleichzeitig stoppten wir den Verkauf über kommerzielle Kanäle, etwa an den Bioläden-Belieferer Pico Bio», erklärt Christian Müller. Insgesamt rund 290 Abos brauche es bei Ortoloco, damit die Auslastung stimmt und der Betrieb finanziell aufgeht.



Gross und Klein arbeitet bei Ortoloco mit, statt nur zu konsumieren: Solidarische Landwirtschaft auf dem Fondlihof in Dietikon. Christian Merz

Die Mitarbeit funktioniert gut: «Es gibt Mitglieder, die sich bereits im Januar für alle 14 Halbtage in unserem Online-Kalender eintragen. Bei anderen kommt es vor, dass jene, die diese Einsätze koordinieren, ihnen charmante Mails schreiben müssen», sagt Christian Müller. «Doch das sind wirklich sehr wenige. Wer bei Ortoloco mitmacht, weiss, dass er oder sie nicht einfach ein Gemüseabo kauft. Denn bei Solawi geht es ja gerade darum, dass wir alle zu «ProsumentInnen» werden: Wir produzieren gemeinsam die Lebensmittel, die wir konsumieren.» Zum Solawi-Prinzip gehört auch, dass die Löhne der Festangestellten einiges höher sind als auf anderen Biobetrieben. Das ist möglich, weil die Mitglieder ihre Abos per Jahresbeginn für das ganze Jahr bezahlen. Wenn es dann beispielsweise die Kirschernte verhält oder wegen des warmen Wetters die Erträge beim Gemüse besser ausfallen als erwartet, müssen die Mitglieder weder draufzahlen, noch bekommen sie Geld zurück. «Das ist der Kern von Solawi: Wenn die BäuerInnen über kommerzielle Kanäle verkaufen, tragen sie das ganze Risiko allein. Können sie nicht so viel liefern wie abgemacht, ist das ihr Problem, genauso wenn der Handel ihnen plötzlich weniger abnehmen will als ursprünglich vereinbart. In einer Solawi hingegen tragen ProduzentInnen und KonsumentInnen das Risiko gemeinsam.» Ein weiterer Vorteil dieses Modells liegt auf der Hand: Foodwaste ist kein Thema. Auch die et-

was schorfigen Äpfel werden verteilt, und wer einmal nicht alles Gemüse aus seinem Abo verwerten kann, verschenkt es an andere Mitglieder oder FreundInnen.

Bleibt die Frage, ob sich beispielsweise Familien angesichts der aktuellen Kostensteigerungen überhaupt noch Bio-Lebensmittel leisten können. Oder folgen auf das Aus der Reformhauskette Müller bald weitere Konkurse von Bioläden? «Einige Bioläden, die in den 1980er-Jahren Pionierarbeit geleistet haben, scheitern gerade an ihrem eigenen Erfolg. Denn heute kann man fast alles, was sie einst exklusiv im Gestell hatten, in jedem Coop kaufen», erklärt Christian Müller. Grundsätzlich gäben wir heute aber einen viel kleineren Teil unseres Einkommens für Lebensmittel aus als vor 40 Jahren: «Was zurzeit wirklich einschenkt, sind andere Posten, vor allem die Miete und die Mobilität. Unsere Preise bewegen sich zwischen jenen für Coop-Bio und Bioladen-Bio, und wer bei uns einen Tag pro Woche mitarbeitet, erhält das Abo zudem stark vergünstigt – wer will, kann sich Bio leisten.» Kurz: Wer sich bei Ortoloco engagiert, setzt ein politisches Zeichen für eine nachhaltige Landwirtschaft im urbanen Gebiet und für das Solawai-Modell, das ProduzentInnen und KonsumentInnen zusammenbringt.

Am 4.2. und am 17.3., jeweils um 14 Uhr, finden Schnupperanlässe auf dem Fondlihof statt. Weitere Infos hierzu und zur Mitgliedschaft unter www.ortoloco.ch

Nachhaltigkeit als Ziel und Verkaufsargument

Stadt und Kanton Zürich veröffentlichen regelmässig eine Studie zum Zustand des Finanzplatzes der Region, zu der auch Zug und Schwyz gezählt werden. Der Spezialteil der diesjährigen Studie widmet sich den nachhaltigen Anlagen.

Koni Loepfe

«Im rot-grünen Zürich soll auch der Finanzplatz grün werden», lautet der Titel der NZZ vom Samstag, in dem die Ergebnisse der Medienorientierung vom Freitag zusammengefasst werden. Abgesehen davon, dass der Kanton samt seiner freisinnigen Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh, die zusammen mit der tatsächlich roten Stadtpräsidentin Corine Mauch die Medienorientierung leitete, keineswegs rot-grün dominiert ist, trifft der Titel genauso zu wie jener im «Tages-Anzeiger», der lautet: «Nachhaltige Anlagen dienen primär dem Image». Was keineswegs zwingend bedeutet, dass Banken und Versicherungen nachhaltige Produkte nur aus Imagegründen oder zur Kundenanbindung anbieten. Sie könnten sich auch zu einem guten Geschäft entwickeln. Auch wenn viele BankerInnen dies weniger intensiv annehmen, als die beiden PolitikerInnen es sich erhoffen.

Gut gehalten

An der Bedeutung und am Zustand des Finanzplatzes in der Schweiz und speziell in der Region Zürich hat sich in der Studie von BAK Economics, die Michael Grass vorstellte, grundsätzlich seit der letzten Studie nichts Wesentliches geändert. Wobei bemerkenswert ist, dass die Region die Coronakrise wirtschaftlich auch so gut überstanden hat, weil der Finanzplatz davon kaum betroffen war. Der Zürcher Finanzplatz schöpfte mit 97 300 Vollzeitangestellten 2021 29,9 Milliarden Franken Bruttowertschöpfung. Der Anteil am schweizerischen Finanzplatz beträgt 45 Prozent bei der Wertschöpfung und 42 Prozent bei den Angestellten. Dabei ist er in der Region recht konzentriert mit der Stadt Zürich als klarer Leaderin, in der 62 Prozent der Wertschöpfung des Finanzplatzes anfallen. Dabei spielen die Banken noch eine leicht grössere Rolle als die Versicherungen.

Der Finanzsektor ist seit 2011 bei der Wertschöpfung klar stärker gewachsen als die Gesamtwirtschaft, wobei der Zuwachs in der Stadt mit 3,1 Prozent im Schnitt deutlich höher ausfiel als in der Region mit 1,7 Prozent. Die Anzahl der Beschäftigten nahm seit 2011 in der Stadt um 0,7 Prozent, in der Region um 1,2 Prozent zu. Dabei gab es wiederum leichte Verschiebungen: Derzeit sind die Banken ge-

genüber den Versicherungen wieder im Aufwind, da letztere bei etlichen Katastrophen zahlen mussten.

Innerhalb der Bankenbranche kam es zu Stellenverschiebungen von den Banken zu den sonstigen Finanzdienstleistungen. Das spiegelt vor allem die Entwicklung, dass die Banken einen grossen Teil ihrer technischen Dienstleistungen (etwa den Zahlungsverkehr, aber auch die Börse) ausgegliedert haben. Das führte auch zu Veränderungen innerhalb der Angestellten: vom traditionellen Sachbearbeiter mit Banklehre zu IT-Ausgebildeten. Aber die Digitalisierung hat bisher die Anzahl der Beschäftigten nicht reduziert, sondern der Sektor ist nach wie vor eine Wachstumsbranche, und der Studienleiter Michael Grass betrachtet die Zukunftsaussichten als solide.

Die Krise der CS, ja gar ein Eingehen der Grossbank, habe er in der Studie nicht extra berücksichtigt, beantwortete er eine Frage des NZZ-Journalisten an der Medienorientierung. Trotzdem geht aus der Studie zweierlei hervor: Auch wenn die CS wie vorgesehen 2000 Arbeitsplätze in Zürich wegrationalisiert, wächst die Anzahl der Arbeitsplätze in der Finanzbranche eher, als dass sie abnimmt. Ein Verschwinden der CS bedeutet zudem nicht, dass die von ihr angebotenen Leistungen nicht mehr gefragt wären. Sie gingen einfach an andere Banken über, zum Teil auch im Finanzplatz Zürich. Selbstverständlich sagte Stadtpräsidentin Corine Mauch, dass ein Verschwinden der CS für die Stadt eine schwierige Situation wäre. Aber eine wirkliche Katastrophe wäre es vermutlich nicht. Es ist derzeit eine Krise der CS und nicht des Finanzplatzes Zürich mit offenen Stellen. Was nicht bedeutet, dass es für viele CS-Angestellte mehr ein Schaden als eine Chance wäre. Bei aller Bedeutung des Finanzplatzes darf man nicht vergessen, dass 84 Prozent der Wertschöpfung der Region aus anderen Branchen kommen, wobei etliche an den 16 Prozent der Finanzindustrie hängen.

Luft nach oben

Die Banken stehen bei der Klimabewertung stark in der Kritik. Sie finanzieren sehr viele klimaschädliche Investitionen, die auch im Widerspruch zu den internationalen Abkommen wie jenem von Paris stehen. Immer mehr KundInnen verlangen, dass ihr Geld nachhaltig investiert wird. Nachhaltiges An-

legen, Sustainable Finance, liegt im Trend. Weil der Bundesrat, aber auch die politischen Verantwortlichen in Stadt und Kanton Zürich überzeugt sind, dass die Zukunft des Finanzplatzes im nachhaltigen Anlegen liegt, gaben Letztere den Auftrag, dies in der vorliegenden Studie speziell zu untersuchen. Das BAK Economics, das die Studie zusammen mit Sabine Döbeli, CEO des Verbandes Swiss Sustainable Finance erstellte, schrieb in einer Onlineumfrage gut 500 Finanzfirmen an, von denen 108 antworteten. Da wohl vor allem jene antworteten, die eher positiv eingestellt sind, kann man den Schluss ziehen, dass das Thema die Branche noch nicht wirklich durchdrungen hat.

Dazu kommt noch die Frage des Greenwashings. Wie viele der als nachhaltig verkauften Fonds etwa sind dies auch wirklich, und wie können die KundInnen dies überprüfen? Wertmässig existiert ein grosser Fortschritt: Waren 2016 noch 215 Milliarden Franken beim Finanzplatz Zürich als nachhaltig angelegt, stieg die Zahl 2021 auf 2000 Milliarden, wobei ein grosser Teil in Fonds angelegt wurde. Der Trend dürfte sich verstärken. Für den geplanten CO₂-freien Umbau der Zürcher Wirtschaft werden in den nächsten Jahren alleine 400 Milliarden Franken benötigt.

Michael Grass stellte in der Studie fest, dass der Zürcher und der Schweizer Finanzplatz bei den nachhaltigen Anlagen international führend waren, nun aber zurückfallen. Das hängt sicher auch etwas damit zusammen, dass viele Institute das nachhaltige Anlegen weniger als Mittel sehen, Wirkung auf die Nachhaltigkeit zu erzielen, sondern es vor allem als Mittel der Kundenbindung und des Marketings betrachten. Sieben von zehn Befragten glauben, dass nachhaltige Finanzprodukte für das Image bedeutend sind, aber nur jedes zehnte Unternehmen beteiligt sich selber an der Netto-Null-Allianz. «Es hat noch Luft nach oben», führte Michael Grass aus, und Sabine Döbeli findet, dass es einheitlichere Standards braucht, auch damit die KundInnen überprüfen können, ob mit ihrem Geld wirklich nachhaltig investiert oder Greenwashing betrieben wurde. Carmen Walker Späh und Corine Mauch gaben sich optimistisch, dass sich das nachhaltige Anlegen durchsetzen wird. Sie sind gewillt, mit Monitoring und Konferenzen ihren Beitrag zu leisten. «Aber ohne die Privaten geht es nicht», führte Corine Mauch zum Schluss aus.

Prämienverbilligung? Züri pennt!

Der Prämienschock bei der Krankenkasse, explodierende Energiekosten und drohende Mieterhöhungen belasten Single- und Familienhaushalte bis weit in den Mittelstand hinein massiv. In der Stadt Zürich muss er heute 75 bis 100 Prozent mehr für Krankenkassenprämien entrichten als für die Steuern.

Melanie Berner und Nicole Wyss,
Kantonsrätinnen AL

Die AL lehnt das unsoziale Kopfprämiensystem zwar grundsätzlich ab. Trotzdem kämpfen wir seit über 20 Jahren hartnäckig und mit Erfolg für eine Stärkung der individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien (IPV). Dank einer vom Volk angenommenen AL-Initiative konnte ab 2001 ein höherer Kantonsbeitrag, die Bezugsberechtigung für mindestens 30 Prozent der Versicherten sowie die volle Übernahme der Kinderprämien bei den Anspruchsberechtigten durchgesetzt werden. Diese Errungenschaften – vor allem das Sozialziel von 30 Prozent Anspruchsberechtigten – hat die AL auch bei der Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) 2019 gegen Abbaupläne der Regierung mit Erfolg verteidigt. Ebenso entschieden bekämpfen wir Tendenzen im Vollzug, die Umverteilungswirkung der IPV zu schwächen und potenziell Bezugsberechtigten ihre Ansprüche vorzuenthalten.

Sozialziel verfehlt

Das 2019 einstimmig beschlossene und ab 2021 umgesetzte EG KVG sollte eine möglichst stufengerechte Prämienverbilligung im bisherigen Umfang bringen. Doch bereits 2021 wurde das vom Kantonsrat gesetzte So-

zialziel von 30 Prozent der Versicherten mit IPV massiv verfehlt. Bloss 25 Prozent kamen in Genuss einer Prämienverbilligung. Knapp 80000 potenziell Anspruchsberechtigte gingen leer aus, 42,7 Mio Franken budgetierte IPV-Gelder – acht Prozent der Gesamtsumme – blieben ungenutzt liegen. Für 2022 zeichnet sich ein ähnliches Debakel ab.

Pfusch bei der Umsetzung

Die entscheidende Stellschraube, die über Bezugsberechtigung und Höhe der IPV entscheidet, ist der sogenannte Eigenanteil, berechnet in Prozenten des steuerbaren Einkommens, den IPV-BezügerInnen auch nach Verbilligung als eine Art Selbstbehalt weiterhin tragen müssen. Er wird vom Regierungsrat für jedes Anspruchsjahr neu festgelegt. Zunächst provisorisch im März des Vorjahres, dann definitiv im Herbst. Zudem besteht die Möglichkeit, im Verlauf des Anspruchsjahres eine Nachkorrektur nach oben oder nach unten vorzunehmen.

Grundsätzlich gilt: Je tiefer der Eigenanteilssatz, desto mehr Personen haben Anspruch auf IPV und desto höher fällt diese pro Kopf aus. Bei der Festlegung haben sich Gesundheitsdirektion und Regierungsrat sowohl 2021 wie 2022 gründlich verhauen. Aus Angst vor Budgetüberschreitungen setzten sie die Prozentsätze für den Eigenanteil anfänglich viel zu hoch an und schlossen damit viele potenziell Bezugsberechtigte von vornherein aus. Durch eine nachträgliche Senkung der Eigenanteilssätze – für 2022 wurden sie um einen Drittel herabgesetzt! – versuchten sie dann, den Schaden im Nachhinein zu begrenzen. Besonders krass war das Hüst- und Hott der Eigenanteilssätze für die IPV 2022: von 10,4 Prozent im März 2021 auf 11,3 Prozent im Oktober 2021 und dann herunter auf 7,5 Prozent im Oktober 2022. Doch statt bei der Korrektur den viel zu kleinen Kreis der BezügerInnen zu erweitern, wurden bloss die Pro-Kopf-Zuschüsse der bereits Bezugsberechtigten erhöht.

Skandalös tiefer Rücklauf der IPV-Anträge

Im bisherigen System mussten die von der Sozialversicherungsanstalt (SVA) Ange-

schriebenen bloss das zugestellte Antragsformular unterschrieben zurückschicken, was jeweils 90 bis 92 Prozent taten. Seit dem Systemwechsel müssen die Betroffenen ein grösseres Formular analog oder online ausfüllen. Prompt sank 2021 der Anteil der retournierten Anträge auf nur noch 80 Prozent. Er dürfte auch für 2022 und 2023 auf diesem skandalös tiefen Niveau verharren. Offenbar wurde das neue System überstürzt eingeführt. Es wurde nicht antizipiert, dass das aufwendigere und komplexere Antragsprozedere einen beträchtlichen Teil der Anspruchsberechtigten überfordern und abschrecken könnte. Betroffen sind vorab Migrantinnen und Migranten mit ungenügenden Deutschkenntnissen, aber auch Personen mit Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden oder digitalen Eingabertools.

AL fordert Sofortmassnahmen für IPV 2022

Bis am 31. März 2023 können noch nachträgliche IPV-Gesuche für 2022 eingereicht werden. Vom Regierungsrat verlangt die AL für das Anspruchsjahr 2022 umgehende Korrekturen. So soll die mit dem Vollzug beauftragte SVA sofort die rund 20 Prozent der Haushalte, die ihren IPV-Antrag 2022 bisher nicht retourniert haben, nochmals anschreiben und darauf hinweisen, dass sie noch bis Ende März Antrag stellen können. Für den Fall, dass die Regierung nicht tätig wird, verlangt die AL-Fraktion mit einem dringlichen Postulat im Gemeinderat, dass der Stadtrat subsidiär aktiv wird. Zudem sollen alle für 2023 Bezugsberechtigten, die im Vorjahr wegen behördlicher Fehlkalkulationen leer ausgingen, rückwirkend eine Prämienverbilligung für 2022 erhalten, ohne dass sie einen Antrag einreichen müssen.

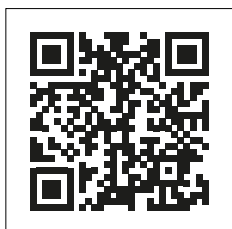
Darüber hinaus sind aber auch substanzielle Korrekturen bei der praktischen Umsetzung dringend nötig. Kommunikation und Benutzerfreundlichkeit müssen massiv verbessert werden und es braucht gezielte Sensibilisierungsmassnahmen und Sprachangebote für einzelne Anspruchsgruppen. Dazu hat die AL zusammen mit Grünen und SP eine dringliche Anfrage im Kantonsrat eingereicht.

ANTRÄGE EINREICHEN!

Bis am 31. März 2023 sind noch Anträge für IPV 2022 möglich!

Diese Woche hat die AL die Webseite www.praemienverbilligung-zh.ch aufgeschaltet. Interessierte finden dort Hintergrundinfos zum Verbilligungsdebakel der Gesundheitsdirektion. Zudem kann man überprüfen, ob für

2022 ein Anspruch auf Prämienverbilligung besteht, und erfahren, wie man einen Antrag einreichen kann.



Vernunftfrei

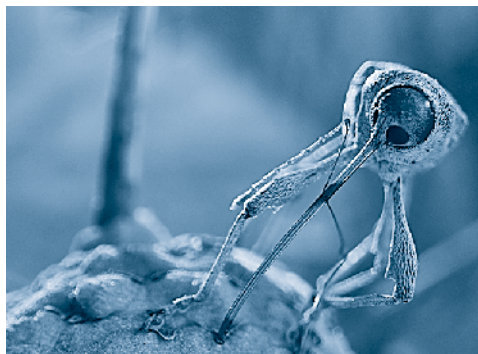


Die Naturgewalt des Gefühls von Liebe kann in erwünschte wie auch unerwünschte Richtungen ausschlagen.

Die Rästelhaftigkeit einer Aussenperspektive, weswegen sich zwei Personen zueinander hingezogen fühlen, weshalb eine als sonnenklar und einhellige wahrgenommene emotionale Bindung unvermittelt in ihrer Klarheit ins Wanken gerät und wie die Beteiligten fortan mit der erst theoretisch drohenden, sich zusehends aber folgenreich manifestierenden Auflösungstendenz umgehen, vermag Claire Denis («Un beau soleil intérieur») mit einem doppelten Boden zu versehen, der diese offenbar für alle überraschende Entwicklung auch aus der Perspektive der Hauptfiguren als vollends unerklärlich zeichnet. Die gegenseitige Hinwendung, die Zärtlichkeit und der bewusste Zuspruch für ihre Liebesbeziehung steht weder für Sara (Juliette Binoche) noch für Jean (Vincent Lindon) infrage. Gut, ihre wirtschaftliche Situation ist voneinander verschieden, könnte zu einer Drohkulisse der Ungleichheit anwachsen, aber beide scheinen entschieden gewillt, diesem Umstand keine überragende Deutungshoheit zu überlassen. In Jeans Vergangenheit gabs eine Ungereimtheit, die ein berufliches Fiasko mit einer Haftstrafe nach sich zog, aber beide sind entschlossen, den Schlussstrich darunter als abschliessend gezogen anzusehen. Es ist eine Zufallsbegegnung von Sara mit ihrem lange zurückliegenden ehemaligen Geliebten François (Grégoire Colin), die ihre Paarbalance vollkommen überraschend in eine Schräglage überführt. Sara wird von einem zurückliegenden Wohlgefühl überrumpelt. Doch der Anflug von Sentimentalität kann nicht weggelächelt werden, weil François seine Wirkung auf Sara mit umtriebigen Flirt verstärkt und sich Sara ob dieser Avancen gebauchpinselt fühlt. Gründe für Eifersucht sind per se unnötig, aber ist sie erstmal aufgetaucht, hält sie sich hartnäckig im Spiel. Selbst wenn Jean und François eine gemeinsame berufliche Zukunft anstreben und beiderseits vernunftbetont beteuern, keine solche zu empfinden. froh.

«Avec amour et acharnement» spielt im Kino Movie.

Bildgewaltig



Einen Jahreszyklus des Lebens auf, unter und um eine Deutsche Eiche zeigt «Le Chêne» in beeindruckenden Bildern.

Auf Antrieb sind es zwei Naturfilme, die hinsichtlich der Raffinesse der Bildsprache mit «Le Chêne» von Laurent Charbonnier und Michel Seydoux auf einer Stufe stehen: Zuerst «Mikrokosmos» von Claude Nuridsany und Marie Perennou, der mittels Makroaufnahmen und der Manipulation des Abspieltempos einen verblüffenden Einblick ins Leben der kleinsten Wiesenbewohner ermöglichte, und dann noch «Le Peuple Migrateur» von Jacques Perrin, Jacques Clusaud und Michel Debats, der die Wanderschaft von Zugvögeln aus einer im Schwarm mitfliegenden Perspektive zeigte. Die Entwicklung der kinematographischen Trickkiste hat seither grosse Sprünge gemacht und wird hier ersichtlich. Wenn aus der Perspektive einer Rüsselskäfermade in der Eichel gezeigt wird, wie ein Eichelhäher mit seinem Schnabel die Delikatesse aus diesem Schutzraum herauszupicken versucht, oder wenn sich die unterirdische Vernetzung des Pilzgeflechtes in Windeseile vor den eigenen Augen abspielt, bleibt die Kinnlade einfach nur baff staunend offen stehen. Die Rettung der Feldmäuse vor der Überschwemmung ihres Baus und vor allem auch die Vielfalt der Waldtiere – vom Dachs über die Schlange bis zum Wildschwein – ist in einer solch konzentrierten Form ebenso lehrreich wie verblüffend anzusehen, zumal auf Grossleinwand. Als einziger Wermutstropfen zu erwähnen ist die augenscheinliche Bemühung, die Schattenseiten der Natürlichkeit, des Fressens und Gefressenwerdens ohne eine weitere Begründung einfach wegzulassen und damit eine etwas gar auf Harmonie getrimmte Erzählung abzuliefern. Spannungsmomente bis kurz davor gibts mehrere, aber dass die Nahrungskette ergo der Tod in einer Naturverfilmung nicht vorkommen darf, wirkt befremdlich. In der Hauptsache aber sind die technisch raffinierten Aufnahmen überaus beeindruckend und ermöglichen eine viel nähere Begegnung mit scheuen Tieren als in der Realität möglich. froh.

«Le Chêne» spielt in den Kinos Arena, Houdini.

Anziehung



In einer Welt aus Schwarz und Weiss wäre der Fall klar. Der Detektiv überführt die Verdächtige eines Verbrechens.

Wer hier wen verfolgt, mit einer selbstbewussten Absicht oder aus einer annähernd zufälligen Getriebenheit, bleibt bei Park Chan-wook («The Housemaid») in den vielen Nuancen von Graustufen bis zuletzt im Verborgenen. Song Seo-rae (Tang Wei) ist verdächtig, eine raffiniert hinterhältig, leicht als Selbstunfall missinterpretierbare Tötung ihres Gatten inszeniert, geplant und durchgeführt zu haben. Der Detektiv Jang Hae-joon (Park Hae-il) ist offensichtlich Profi genug, um minimale Anzeichen für Unstimmigkeiten entziffern zu können, was aber noch gar nichts darüber aussagt, in welche Richtung er seine Schlussfolgerungen lenkt. Sein Herz schlägt stark für seine Verdächtige. Und je mehr er über den Verstorbenen in Erfahrung bringt, desto einfacher fällt es ihm, seinen Berufsethos zurückzustellen und eine selbsternannte Rolle als Richter über richtig oder falsch einzunehmen. Er weiss um die Fehlbarkeit seines Tuns, kann aber nicht anders. Er geht eine Ehe ein und beginnt weit entfernt ein neues Leben im alten Beruf. Hierarchisch startet er augenscheinlich wieder auf Feld eins. Er nimmt dies als symbolische Strafe für sein Nichterfüllen seiner Pflicht in Kauf. Und plötzlich steht Song Seo-rae wieder vor ihm. Wieder ist ein Mann unter anscheinend onminösen Umständen ums Leben gebracht worden, wieder steht sie als alleinige Hauptverdächtige fest.

Das Déjà-vu geht für Jang Hae-joon jedoch tiefer. Denn mit dem ersten Verdacht wird sein beruflicher Ehrgeiz im Mindesten ebenso befeuert, wie sein Herz für diese undurchschaubare, schöne Frau und mutmassliche Mehrfachmörderin erneut entflammt. «Decision to Leave» zeigt zwei Personen in einem wiederkehrenden Spiel miteinander, die beide unausgesprochen alles wissend und einander begehrend wie Katzen um den heissen Brei schleichen, und hoffen, diesen sie fesselnden Zauber nicht durch eine Unachtsamkeit zu zerstören. froh.

«Decision to Leave» spielt im Kino RiffRaff.

Bevölkerungsaustausch und Massenmorden

Samstag, 21. Januar

11.00 DLF: **«100 Jahre Sehn-sucht.»** Der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei. Rodothea Seralidou und Susanne Güsten in der Reihe Gesichter Europas. Vor nun hundert Jahren begann ein bis dahin beispielloses Experiment, durch das zwei Gesellschaften ethnisch homogener werden sollten: Millionen von Menschen mussten ihre Heimat verlassen und in einem fremden Land neu anfangen – rund 1,5 Millionen ethnische Griechen hatten Anatolien für immer den Rücken zu kehren, eine halbe Million Muslime aus Griechenland wurden in die Türkei umgesiedelt. Davon haben sich Spuren tief in beide Länder gegraben und der Schmerz quält beide Gesellschaften bis heute. Parallel bei SRF 2 die **«Musik für einen Gast»** mit Sven Ivanic, Stand-Up-Comedian und Jurist.

17.00 SWR: **«Zeitgenossinnen.»** Margarete Klein, Osteuropa-Expertin. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa der Stiftung Wissenschaft und Politik oft präsent. In diesem dreiviertelstündigen Gespräch antwortet sie aber «schonungslos auf Fragen, die nicht jeden Tag in den Medien verhandelt werden».

19.00 SWR: **«Der Killer.»** Krimi nach Patricia Highsmith. Produziert 1973!



20.00 SRF 2: **«Welcher Art die Wärme ist.»** Hörspiel nach Erinnerungen von Melinda Nadj Abonji, Carmine Andreotti und Paola De Martin. Rund eine halbe Million Kinder von Saisonarbeitern lebten von 1950 bis 2000 illegal in der Schweiz oder blieben in der Heimat zurück, denn Familiennachzug war für die als «Gastarbeiter» bezeichneten ausländischen Arbeitskräfte verboten. Hier sind nun Stimmen zu drei damals von Fremdenhass und Entfremdung geprägten Kindheiten hörbar: Ein Kind, das sich – von den Eltern getrennt – in einer Dachkammer dem Nachthimmel anvertraut. Ein Bruder, der erst mit 15 Jahren seine Eltern und Geschwister «wirklich» kennen lernte. Und eine Mutter, die sich im Altersheim in Italien fragt, woher in der Schweiz der Hass gegen sie kam, welcher ihre Tochter im Säuglingsalter aus dem Land wies. Dazu werden gesetzliche und politische Hintergrün-

de dargelegt. Die drei selbst Betroffenen «erschrieben» sich ihre Migrationsgeschichten laut Vorschau »gegen die Scham der Armut, das Fremdsein, gegen das private und politische Schweigen – im Bewusstsein der Kontinuität der Geschichte.« Die vom Bayerischen Rundfunk gemeinsam mit SRF getragene Produktion wurde von der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste als Hörspiel des Monats Oktober ausgezeichnet. Gleichzeitig bringt der DLF den zweiten Teil von **«Babyn Jar.»** Dokumentarhörspiel zum Massaker von 1941 und die Zeit danach. Erarbeitet durch Fabian von Freier und Andreas von Westphalen. Übersetzungen aus dem Ukrainischen und Russischen: Jelena Mory. Siehe auch Hinweis auf das Feature vom Dienstag, 19.15 Uhr!

21.00 SRF 2: **«Musik unserer Zeit.»** Die französische Elektronikpionierin Éliane Radigue.

22.00 DLF: **«Was spricht der Geist der Zeit?»** Gegenwärtiges Musizieren im Staat Mongolei. Bettina Brand berichtet darüber im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: **«Black Power.»** Odilo Clausnitzer zur Geschichte von Strata East Records. Und nach 23 Uhr folgt hier: **«Der endlos tippende Affe»** von Björn SC Deigner und Timo Wey. Ausgehend vom mathematischen «Infinite-Monkey-Theorem» begeht sich das Hörspiel ins Dickicht absurder Vorkommnisse und Sprachverwirrungen. Es stelle «die Frage nach einem sinnhaften Leben, das sich Spass und Vergnügen nicht verwehren will». Aber überall stößt es auf die Finanz- und Klimakrise. So schickt es sein Personal, einen Mann und zwei Frauen sowie musikalische Arrangeure los, doch überall «lauert der Unsinn».



23.00 DLF: **«Kozmic Blues.»** Michael Frank mit einer Langen Nacht über Janis Joplin.

Sonntag, 22. Januar

8.30 SWR: **«Faszination Wolfenforschung.»** Science Talk mit Mira Pöhlker, Professorin für Experimentelle Aerosol- und Wolfenmikrophysik. Und bei SRF 2 fragt Nicole Freudiger: **«Knabenbeschneidung – muss das sein?»**

9.30 DLF: **«Von Zeitgewinn und Zeitverlust.»** Essay von Marlen Stoessel. Sie hinterfragt nicht nur das die Geschäfts- und Arbeitswelt noch immer prägende Motto

«Zeit gleich Geld», sondern weist auf das Paradox hin, dass in den digitalen Welten der Zeitgewinn zugleich Zeitverlust bringt. Antworten auf diesbezügliche Fragen hat die promovierte Literaturwissenschaftlerin «von Augustinus bis Hartmut Rosa» gefunden.

12.00 SWR: **«Die vergessenen Toten von Treblinka.»** Marta Kupiec zum Holocaust-Gedenktag.

12.40 SRF 2: **«Musik für einen Gast.»** Heute: Bea Latal, Professorin für Entwicklungspädiatrie.

13.30 DLF: **«Zwischentöne.»** Musik und Fragen zur Person. Ulrike von Pilar, Mitbegründerin von «Ärzte ohne Grenzen».

15.00 SRF 2: **«Klänge der Freiheit.»** Das Folk-Festival auf der Lenzburg (1972-1980). Eine Passage von Lea Hagmann. Parallel beim DLF in Rock et cetera: **«Ohne die Hilfe ihrer Freunde.»** Anke Behlert über die englische Songwriterin Billy Nomates.

16.30 DLF: **«Keine Haie.»** Andrea Rehmsmeier über Raubfisch im Ausverkauf.

18.20 SWR: **«Pisten.»** Hörstück von Penda Diouf. Aus dem Französischen von Anette Bühler-Dietrich. Angekündigt als «eine bewegende Hommage auf die Opfer des Völkermords» deutscher Kolonialherren in Namibia, verwoben mit Dioufs eigenen Erfahrungen der Ausgrenzung. Es wurde im Juni 2022 als Hörspiel des Monats ausgezeichnet.

20.00 DLF: **«Lauschen ins All.»** Oder: Wie spricht man mit Aliens? Feature von Ulrich Biermann und Veronika Bock.

23.00 SWR: **«Fanta Finito.»** Versuch über Fürsorge und Sucht. Radioessay von Lisa Krusche. Was bedeutet es, Angehörige einer kranken Person zu sein und sie auf dem Weg der Genesung zu begleiten?

Montag, 23. Januar

14.00 SRF 1: **«Xaver Z'Gillen.»** Hörspiel von Otto Höschle. Frei nach Carl Spitteler. 17. Jahrhundert. Xaver, Schiffsmann und Knecht zu Brunnen, verliebt sich in der Levantina in die temperamentvolle Speranza. Die beiden heiraten und ziehen in die Innerweiz. Sie sieht sich dort Fremdenhass und Bigotterie ausgesetzt ... 1996 von Fritz Zaugg mit Musik von Hans Hassler produziert.

15.00 SWR: **«Ganz normal und doch erschütternd.»** Anne-Katrin Wehrmann über den Tod ihres Vaters.

Dienstag, 24. Januar

8.30 SWR: **«Mehr Raum für den Rhein.»** Wie der Fluss den Klimawandel überleben kann. Recherche von Achim Nuhr.

10.00 DLF: **«Was uns stark macht.»** Eine Sprechstunde rund um Resilienz.

15.00 SWR: **«Schwarzes Schaf.»** Jonas Porst und seine Familie. Gudrun Holtz hat den Sohn des linken Nürnberger Fotounternehmers Hansheinz Porst befragt.



19.15 DLF: **«Babyn Jar.»** Streift um das Gedenken an ein Massaker. Feature von Fabian von Freier und Andreas von Westphalen. Kiew 1941. Innerhalb von zwei Tagen wurden in einer Schlucht über 33 000 Jüdinnen und Juden ermordet, in den folgenden zwei Jahren weitere 35 000 bis 65 000 Menschen, auch sowjetische Kriegsgefangene, Kommunisten, ukrainische Nationalisten, Psychiatriepatienten, Sinti und Roma. Nachdem das Erinnern zu Sowjetzeiten unterdrückt wurde, gibt es inzwischen rund 30 Gedenksteine für verschiedene Opfergruppen. Nun soll ein Museum entstehen, doch um dessen Gestaltung tobt ein erbitterter Streit.

21.00 SWR: **«Neuer Klang der Seidenstrasse.»** Florian Heurich präsentiert zeitgenössische Musik aus Zentralasien. Parallel beim DLF: **«Jazz-Funk-Folk.»** Die spanische Sängerin und Trompeterin Andrea Motis.

Mittwoch, 25. Januar

8.30 SWR: **«Wie Sinti, Roma und Gitanes heute leben.»** Eine dreiteilige Wissen-Serie von Tassilo Hummel über die Roma in Europa. Fortsetzung morgen und am Freitag zur gleichen Zeit.

10.00 DLF: **«Unmut bei Autofahren.»** Wie Städte die Verkehrswende umsetzen.

15.00 SWR: **«Wie der Vater, so der Sohn?»** Margret Bielenberg über Erfahrungen mit Alkoholmissbrauch in der Familie.

20.00 DLF: **«Mutter mit totem Sohn.»** Astrid Nettleit über die Pietà von Käthe Kollwitz.

20.30 DLF: **«Lesezeit.»** Kim de l'Horizon liest aus und spricht über «Blutbuch».

21.00 DLF: **«Dorfgeschichten mit weltläufiger Musik.»** Die Band Gankino Circus. Porträtiert von Ralf Hutter.

Do, 26. Januar

8.30 SWR: **«Gemieden, entrechtet und verfolgt.»** Siehe auch Mittwoch und Freitag.

10.00 DLF: **«Restlos satt.»** Gut essen und Lebensmittelabfälle vermeiden.

20.00 SWR: **«Von den Marquesas zur Osterinsel.»** Ariane Huml über Klangwelten im Südpazifik.

Freitag, 27. Januar

8.30 SWR: **«Zwischen Gipsy Rap und Romantisierung.»** Tipp vom Mittwoch!

10.00 DLF: **«Wenig Wertschätzung für berufliches Erfahrungswissen.»** Brauchen wir neue Altersbilder in unserer Gesellschaft?

15.00 SWR: **«Vom Grashalm im Sturm.»** Klimakrise – eine persönliche Annäherung. Feature von Elisabeth Weilenmann.

19.15 DLF: **«Zimmer frei.»** Familie sucht Ukrainerin. Feature-Serie von Stella Luncke und Josef Maria Schäfers. Die letzte Folge: Überall und Nirgends.

20.00 SRF 2: **«Gerettet vor dem Holocaust.»** Eine Passage von Katrin Becker. Eine halbe Million jüdische Menschen wurden 1944 in Ungarn deportiert und getötet. Viele hatten sich Hilfe durch die Schweizer Gesandtschaft erhofft. So auch Berta Rottenberg, die durch die Heirat mit einem Ungarn ihr Schweizer Bürgerrecht verlor. Harald Feller rettete ihr und anderen das Leben, indem er sie in seiner Wohnung in Budapest versteckte ... Parallel dazu beim DLF: **«Die Dichterin mit der Kamera.»** Walde Huth, Modelfotografin. Feature von Simone Hamm. SRF 1 startet derweil eine weitere Staffel der «Bollywood-Krimi»-Serie um Vijay Kuma nach «Familienpoker» von Sunil Mann.

22.00 SWR: **«Schluss mit der Unterwerfung der Erde.»** Der Historiker Philipp Blom im Gespräch. Die Welt gehört dem Menschen. Er soll sie sich untertan machen. Das ging eine Weile gut. Jetzt präsentiert der Klimawandel die rote Karte.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk** 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

Ruinaulta



Ein lebensfroher Raft-guide, der in den wilden Schluchten der Surselva arbeitet, wird während einer Fahrt vom Ufer mit einem einzigen Schuss zwischen die Augen getötet. Die beiden PolizistInnen Matti Coray und Katja Kurtz, einander sehr verbunden, aber kein Liebespaar (beide sind anders glücklich liiert) klären den Mord relativ rasch auf, geraten aber anschliessend trillermässig in die Fortsetzung eines alten Falles. Der entkommene Haupttäter des vorhergehenden Krimis sucht unerbittlich Rache. Zuerst überfällt er Matti im Wald, wobei dessen Hund Juri in letzter Minute den Schaden begrenzt. Dann schnappt er sich Katja, in der sicheren Erwartung, dass Matti alles unternehmen wird, um sie zu befreien. Was zu einem sehr dramatischen Finale führt, mit vielen Wendungen in letzter Sekunde. Der Krimi spielt auch in den Schluchten der Surselva, von deren Eigenheiten und Schönheiten man nicht nur nebenbei einiges erfährt. Die Autorin gibt sich sehr viel Mühe mit der Charakterisierung der Personen. Mitunter sogar etwas zu viel, weil vor lauter Schilderung von Landschaft und Beziehungen die Geschichte mitunter fast etwas vergessen geht. kl.

Regine Imholz: **Tod in der Ruinaulta**. Emons Verlag 2022, 224 Seiten, 19.90 Franken.

Geschichte



Peter Beutler gehört zu den Krimiautoren, die mit ihren Geschichten Historisches aufarbeiten. Einerseits wie in »Kristallhöhle« oder in »Langnauer Gift« schilderte er reale Kriminalfälle, bei denen der Verdacht besteht, dass die Schuldigen bewusst nicht überführt wurden oder zumindest nur die halbe Wahrheit ermittelt wurde. Andererseits befasste er sich im »Berner Münstersturz« mit der ungerechten Verurteilung des Generals Jeanmaire oder mit dem Schicksal des Bankenwhistleblowers Rudolf Elmer. In seinem neuesten Buch »Der Bundesbrief« spielt der Krimiteil eher eine Klammerrolle. Der Restaurator und Kunstfälscher Benjamin Am Bach wird ermordet, und bei der Aufklärung des Mordes spielt dessen Familienbuch eine zentrale Rolle. Die Familiengeschichten geben dem Autor Gelegenheit, die Schweizer Geschichte aus einer kritischen und linken Sicht aufzurollen, die damaligen Fälschungen aufzuzeigen und die Eigenossenschaft als eine Gesellschaft zu schildern, in der es um Interessen, um Oben und Unten ging und sehr, sehr wenig um Demokratie. Eine Geschichte, die geschickt fast alle relevanten Ereignisse seit dem nie stattgefundenen Rütli Schwur bis heute umfasst. kl.

Peter Beutler: **Der Bundesbrief**. Emons Verlag 2022, 334 Seiten, 27 Franken.

Gebildet



Bei der Lektüre des zweiten Krimis mit der Zürcher Polizistin Sarah Conti von Fabio Lanz fragte ich mich mitunter, will der Autor mir einen Krimi erzählen oder will er mir beweisen, dass er in allen Kunstarten, dem Polizeiwesen und in der Aktualität der Stadt Zürich unglaublich beschlagen ist? Er sondert auf jeder Seite Belehrungen oder Hinweise ab, etwa wie und warum gerade ein Musikstück von Schubert so gut zur Stimmung der Sarah Conti passt. Von ihr erfahren wir zudem jede Mahlzeit, die sie in den rund 14 Tagen der Ermittlung zu sich nimmt, jedes Kleid, das sie trägt, wird geschildert und jedes Wort, das sie mit ihren MitarbeiterInnen und ihrem Liebhaber wechselt. Trotzdem blieb sie für mich blass, eine gescheitete Person ohne wirkliche Konturen. Dabei wäre die Ausgangslage durchaus interessant. Im Chipperfield-Neubau des Kunsthhauses stellt ein nordkoreanischer Dissident ein kompliziertes Fallbeil als Kunstwerk aus. Mit dem Beil wird die verhasste Journalistin Sophie tatsächlich geköpft. Im Verdacht stehen neben dem Ehemann Mäzeninnen und ein Teil des Personals des Kunsthhauses. Für mich ein Krimi mit zu viel »Niveau«. Mag man dies, kann man auf seine Rechnung kommen. kl.

Fabio Lanz: **Das Fallbeil**. Kein & Aber 2023, 366 Seiten, 29.90 Franken.

Krimi der Woche



Graubündner Finsternis» von Philipp Gurt ist ein Krimi mit vielen Emotionen und ganz guten Menschen in den Hauptrollen, die sich gegen die Bösen behaupten müssen. Da ich ihn in den Weihnachtsferien las, erinnerte er mich – durchaus positiv – an die Sisifilme, die sehr kitschig, aber auch sehr detailreich und

und sorgfältig gemacht sind.

Der Autor führt uns allerdings nicht in die adligen Kreise Bayerns und Österreichs, sondern nach Chur in den 1950er-Jahren, wo der Landjäger Caminada und sein Freund Marugg den neuesten Mord aufklären. Anna Deflorin, eine unauffällige junge Frau, wird vom Fabrikherren aufgefunden. Er hatte sie am Abend vorher, ihrem Geburtstag, zu Überstunden genötigt. Da sie nicht nein sagen konnte und das Geld für ihre kranke Mutter brauchte, hatte sie zugesagt, obwohl sie etwas vorhatte, wovon sie aber mit niemandem sprach. Das Besondere an ihr, ausser ihrer Gutmütigkeit: Ihr Vater, ein ausgesprochener Säufer, war zehn Jahre vorher ebenfalls ermordet worden. Ein bisher nicht aufgeklärter Mord, bei dem ausgesprochen fahrlässig ermittelt worden war, von einem inzwischen pensionierten Landjäger, der als ausgesprochen guter Polizist galt.

Caminada bewegt sich noch mit einer Art Velosolex, da die Churer Polizei erst ein Auto besitzt und das meistens der Kommandant für sich beansprucht. Caminada fährt sehr gut Auto, allerdings ohne Fahrprüfung, die zu bestehen er wegen seiner Leseschwäche Mühe haben wird. Ganz anders sein Freund Marugg. Er ist punkto neueste kriminologische Erkenntnisse auf der Höhe, im Schreiben gewandt, kann sich aber, obwohl ein Mägerling, auch körperlich durchaus wehren. Was in diesem Fall mitunter wichtig sein kann: Sie haben es unter anderem mit einem bärenstarken Fuhrmann zu tun, der seine Körperkraft auch gegen die Polizei einsetzt. Zum Glück ist Caminada kräftig und zudem mit dem Talent des Vermittelns bekannt. Er besitzt einen Ruf als objektiver Ermittler, der sich von den Oberen nicht drangsaliert lässt.

Die zweite Geschichte, lange ohne Beziehung zur ersten, handelt von Fahrenden. Die Familie Moser, die sich ganz gut durchschlug, wurde von den Verantwortlichen der Kinder der Landstrasse auseinandergerissen, die Kinder, darunter auch der Jüngste Georg, der ausgesprochen gut Handörgeli spielte, kamen zu Pflegefamilien oder in Heime. Das Schicksal Georgs, der einige Male auch dem Tod mit Mühe entkam und immer wieder eine helfende Hand fand, schildert der Autor ausführlich, zu Herzen gehend wie das Unglück Sissis. Was er mit dem Mord zu tun hatte, schreibe ich hier natürlich nicht – ausser dass er nicht der Mörder war. Am Schluss, und das ist ein Unterschied zu Sissi, ist die Welt in Chur zwar aufgeräumt und sind die Schuldigen bestraft, aber sie ist keineswegs in Ordnung. kl.

Philipp Gurt: **Graubündner Finsternis**. Kampa Verlag 2022, 316 Seiten, 24.90 Franken.

«Mach kän Jositsch»

So richtig herzlich Lustiges ist im vergangenen Jahr eher nicht passiert, was den Jahresrückblick der zehn HumorarbeiterInnen für den «Bundesordner 2022» eher in Richtung ernsthafter Infragestellung von realen Sonderbarkeiten treibt. Indes kann auch Nachdenkliches unterhalten.

Thierry Frochoux

Aus dem Orbit grüsst melancholisch ein singender Has, Queen Elisabeth springt mit Fallschirm aus dem Helikopter, Rastaperücken sind aus Polyester und deswegen brandgefährlich und Schlagzeilen suggerieren Betroffenheit, wo sie Zynismus meinen. Oder gabs jemals eine Krise, aus der die Armen als GewinnerInnen hervorgegangen wären? Der «Bundesordner 2022» ist so ernsthaft wie selten zuvor. Marienkäfer sind depressiv, Kunst liebende Protestkleberinnen leiden unter Harndrang und die letzthin aufgebaute Sehnsucht nach Normalität meint auch einen AfD-Slogan. Wer soll da die Welt noch verstehen? Und sich selbst darin?

Diätprodukte lösen Welthunger

Die Männer, vom Chauvi-Influencer bis zum Polittrötzi, haben es tatsächlich fertiggebracht, dass Mozart nicht mehr gespielt werden kann, weil Cis-Dur zur problematischen Tonlage mutiert ist. Kleine runde Tische statt überlanger Tafeln stellen höchstens eine symbolische Gegenwehr zu Grössenwahn dar, aber wie soll daran der wieder mögliche Besuch Platz finden? Für immerhin eine Mangel-lage ist eine Lösung in Sicht und vereint zwei unzusammenhängend erscheinende Probleme: Grossflächig zu propagierende Risikosportarten für AusländerInnen erledigen Ausschaffungen und fehlende Spenderorgane zugleich. Während die Partisanenhymne «Bella ciao» den Aufständischen im Iran viel weniger zu helfen vermag, als eine installierte Snowflake-Weberweiterung ihnen den sicheren Internetzugang ermöglicht. Die zehn BühnenarbeiterInnen lassen also ihre Köpfe doch nicht hängen. Selbst wenn die Krimis von Giorgia Meloni in der Spannung nicht an jene von Roger Graf heranreichen und die Lösung für den Welthunger erst rechnerisch aufgeht: Wenn sämtliche Ausgaben für Diätprodukte in den USA gegen den Hunger aufgewendet würden, bliebe sogar noch was übrig.

Immerhin die beste Absicht, die sich in ihr Gegenteil verkehrt, scheint gerecht verteilt durchs Band viele zu betreffen: Allergische Hautreaktionen auf Sekundenkleber, eine vermeintliche CO₂-Bilanz durch die Solidaritätsbekundung am Balkongeländer, zeitgleich stattfindende Friedensdemos, die das jeweilige Gegenteil skandieren. Es ist schon



Ob Protestsong oder Klebeungehorsam, an Anleitungen zum Handeln fehlt's nicht. Francisco Heubeck

eher zum verrückt werden. Abtreibungsverbote stehen in den USA steigenden Schusswaffentoten gegenüber, die sogenannte Cancel-Culture wird als hochdramatischer Abstieg in die Gosse inszeniert und die Jungparteien dramatisiert die Bevölkerungsentwicklung völlig an der Geburtenstatistik vorbei, während selbst die mitreissendste Punknummer das Pflegepersonal nicht vor dem Dilemma befreit, für zehn Minuten PatientInnenkontakt mit zehn Stunden Bürokratieaufwand bezahlen zu müssen. Die Hilfsbereitschaft von Kakerlaken, die bekanntlich auch einen GAU überleben würden, dann halt einfach ziemlich einsam wären, ist vergleichbar hinterhältig wie die der Menschheit, die diese Problematik einfach so lange verdrängt, bis jede Halbwertszeit verstrichen ist. Zudem singen sie mit Verve, aber nur mittelpträchtig und dann kommt auch noch DJ Bobo ...

Schwindel durch Haarfarbe

Statt des titelgebenden Kartongeräts der Aufbewahrung ist die Bühne diesmal die Projektionsfläche für Schreckensbilder und davon gabs im letzten Jahr wahrlich ausreichend. Eine Märchenstunde ergänzt die Pro-

jektionen, schlägt aber bei genauerer Betrachtung auch bloss in dieselbe Kerbe. Ein fliegender Bundesrat sucht Frankreich auf dem Petersplatz, Engel hegen übelste Rachedgedanken und Neutralität ist primär eine Frisurenfrage, die Farbe macht's. Hier wie dort liegt das Potenzial für ein Lächeln auf den Stockzähnen, aber das Team um Regisseurin Fabienne Hadorn legt es sichtlich – und leider auch erfolgreich – darauf an, jedwedes Gefühl von Bequemlichkeit oder Nichtgemeintsein geschickt zu unterwandern. Sei es eine unpässliche Erfahrung im Ruheabteil, eine ungelink erscheinende Verteilung von Gefängnistagen für Exsportler und Sportfunktionäre oder eine mindestens an Quantenphysik gemahnende, unsachgemässe Handhabe eines kollektiven Traumas, von irgend einer der Verlockungen zur Schadenfreude fühlen sich alle früher oder später persönlich betüpelt. Auch eine Möglichkeit, die Leute mit der Nase drauf zu stossen. Die Vorstellungskraft verwandelt dies in eine stilechte Pirouette, passend schwindlig geredet, ist man da schon.

«Bundesordner 2022», bis 12.2., Casinotheater, Winterthur. www.casinotheater.ch

Klageweiber



Reto Schmid

Lara Dâmaso und Tarren Johnson verwandeln die Bühne in einen Klangresonanzraum, vermutlich zwecks Selbstheilung.

Kaleidoskop



Gregory Batardon

Romantikfrohsinn, Höllenfantasien und wie beiläufig erscheinende Könnerschaft demonstrieren die Vielfalt von Tanz.

Zwanghaft?



Judith Schlosser

Karel Capeks Parabel über das Wesen Mensch stammt vom Vorabend des Zweiten Weltkriegs und ist doch nicht gealtert.

Mit reichlich Offenheit gegenüber Grundsätzlichem, also einer anscheinend allgemeingültigen Zuschreibung für ein gebührieliches Verhalten für Frauen, ergo inklusive dessen Gegenteil betrachtet, könnte »Between the Veils« als an sich Beweisführung dafür angesehen werden, dass Frau sehr wohl alles kann, alles darf und Grenzen keinesfalls in ihrem oktroyierten Sinn akzeptieren soll. Allerdings bleibt dies ausgesprochen symbolisch, weil die sphärisch-meditative Komponente oder auch der stark esoterische Einschlag im Ersteindruck überwiegt und auch in der Dramaturgie allein die blosssteigerung, nicht aber den kleinsten Ansatz zu einem Bruch kennt. Rotzfrech oder Rock'n'Roll ginge anders. Womöglich setzt aber gerade diese Erwartung bereits in einer zu dominierend westlich zentrierten Warte ein und unterschlägt die restplanetarisch überlebensnotwendige Vorsicht beim Ausdruck eines Missfallens, dem Reklamieren ebenbürtiger Rechte, der Inanspruchnahme einer eigenständigen, selbstbestimmten Weise, die eigene Stimme zu erheben. Der vermutlich schamanisch konnotierte Einschlag einer Verfremdung von adrett-erotischer Körperpräsentation in eine lauthalse Verweigerung eben auch gegenüber sämtlichen gängigen Erwartungen einer Bühnenperformance könnte den traditionellen Ritus von Klageweibern an einem Sterbebett als einziger für Rechts angesehenen Gelegenheit für Frauen, laut zu werden, den Rang ablaufen wollen, indem schlechterdings die faktische Beweisführung angetreten wird, dass Nuancierungen vor Allgemeingültigkeit gestellt gehören. Inwiefern jedoch der theoretische Beschrieb in der plastischen Umsetzung für ein Publikum erkennbar gemacht werden soll, ist noch deutlich raffinierbar. Im Moment kommt das meditative Element vor jedem inhaltlichen Anspruch zu stehen, bleibt also grösstenteils nebulös. Die Gefällsucht indes haben sie bereits erfolgreich abgelegt. froh.

«Between the Veils», 15.1., Gessnerallee, Zürich.

Statt eines grossen Aufhebens seiner selbst stellt Christian Spuck auch in seiner (vorläufig?) letzten choreographischen Uraufführung in Zürich die gesamte Bühnenaufmerksamkeit dem Tanz in seiner ganzen Vielfalt zur Verfügung. Sein Kurzstück »Lontano« wird nicht zum Höhepunkt des Abends, sondern zum augenzwinkernen Flirt mit der Leichtigkeit professionellen Könnens. Genauso wie Hans van Manen kein realistisches Bühnenbild für »On the Move« benötigt, um die romantische Stimmung von Blumenwiese, Bächlein und ein sich liebendes Paar im vollen Überschwang erlebten Glücks glaubhaft vor jedem inneren Auge mit reinem Tanz auf die Bühne zaubern zu vermögen, versteht es Spuck, einer Fingerübung des gesamten vorhandenen Registers nicht unähnlich, die Tänzerinnen und ihr Können in den Vordergrund zu stellen. Einzig der jüngste der drei Choreographen, Louis Stiens, verwendet für »Tal« eine an Rodins Höllentor gemahnende Szenographie eines Meteoritenbrockens, um die Menschwerdung oder eben dessen Gegenteil, deren Untergang in eine leicht dechiffrierbaren Symbolhaftigkeit zu übertragen und in der Schlusssequenz ein Fragezeichen hintanzuhängen. Bei allen dreien ist die Musik weder die Dominante noch ein Beigemüse, sondern gleichberechtigter Einfluss auf die Gesamtwirkung. Der dreigeteilte Abend setzt einem Kaleidoskop gleich viele Farbschattierungen derselben Kunstgattung als einander ergänzende Möglichkeit eines Ausdrucks gegenüber und verneigt sich damit letztlich vor dem Tanz als solchem. Ergo seiner schier unerschöpflichen Fülle. Exakte Strenge, Sanftheit und Biegsamkeit sowie verspieltes sich dem Augenblick hingeben sind indes nur drei der zahllos denkbaren Formen. Christian Spuck bekennt sich im Programmheft zur Absicht, damit seiner Nachfolgerin Cathy Marston einen Steilpass zuspitzen zu wollen. Sinnlichkeit aus Kraft eröffnet (ihr) einen riesen Spielraum. froh.

«On the Move», bis 11.2., Opernhaus, Zürich.

Der Mensch (Sebastian Krähenbühl) ist nunmehr auf Überwachungsvideos zu sehen. Seine Anwesenheit bezeugen allein die Folgen seines Handelns: Der Korb-sessel knirscht, die Müeslischale zerschellt, die Nadel des Plattenspielers zieht ihre Runden. Die Frage, ob der Mensch bereits verdrängt worden ist oder es ihn in seiner Grundeigenschaft als Eroberer und Zerstörer überhaupt nicht benötigt, steht offen da. In »Der Krieg mit den Molchen« hat er ein intelligentes Tierwesen entdeckt, kolonisiert und ausgebeutet, derweil dieses sein Verhalten zum Vorbild nahm und seinerseits Machtlust entwickelt. Ob eine Spezies – oder eben eine Nation – von sogenannten Zwängen angetrieben oder bereits im Grundsatz mephistophelische Anlagen aufweist, stellte der tschechische Autor auf eine dystopisch wirkende Weise infrage. Die Antwort bleibt in beiderlei Hinsicht offen. Astride Schlaefli (Regie) und Sebastian Krähenbühl nehmen den Roman allein zur Vorlage, um darüber ein gespenstisch wirkendes Setting zu entwickeln, in dem bloss die (zerstörerischen) Konsequenzen eines Handelns sichtbar werden, obschon das Handeln dem Vernehmen nach eine hehre Absicht behauptet. In seiner Experimentierfreude ist er ahnungslos und verwickelt sich in eine Breddouille biblischen Ausmasses («denn sie wissen nicht, was sie tun»), findet sich offenbar trotzdem ausserstande, einer jemals eingeschlagenen Richtung eine reflektierende Infragestellung entgegenzuhalten. Der Abend erwirkt keine Befreiung diesbezüglich, sondern stellt sich voll hinter die Kritik des Autors. Gesichtlos, körperlos und dennoch omnipräsent. Als bedürfe der Geist, der uns besetzt oder eben beherrscht, überhaupt keines physischen Trägers. Was jede Gegenwehr im Umkehrschluss zu verunmöglichen scheint, was wiederum jedes entschiedene Dagegenhalten zur lebensimmanenten Bringschuld alias Pflicht erhebt. Klug verstörend. froh.

«Der Krieg mit den Molchen», 13.1., Kellertheater, Winterthur.

An dieser Stelle #2: Landliebe



Man kann diesem Land leicht verfallen. Es fühlt sich dann so an, als würde man sich in den falschen Mann verlieben. Als Schweizerin ist die amerikanische Politik unerträglich, wieso also die plötzliche

Liebe? Das heimische Umfeld reagiert auf diese denn auch so, wie es Eltern tun, wenn ein wesentlich älterer, vorbestrafter Mann aus einer wüsten Gang ihrem minderjährigen Kind die Sinne vernebelt. Mit vielen Argumenten, die eindeutig dagegensprechen. Nur, was vermögen Argumente gegen die Liebe auszurichten?

Als es uns letzten Sommer hier in diese detailgetreue Kopie der Wysteria Lane aus der Serie Desperate Housewives geworfen hat, ein Quartier also, das aus typischen amerikanischen Einfamilienhäusern mit weissen Garagentoren und ebenso weissen Zäunen sowie akkurat gestutzten, immer gleich grünen Rasenflächen besteht, habe ich mir eine kleine front porch eingerichtet, eine der Haustür vorgelagerte Art Veranda, wie man sie aus amerikanischen Filmen kennt. Dort lässt sich, mit einer Zeitung

getarnt, wunderbar das nachbarschaftliche Leben beobachten. Es hat meine Liebe zu diesem Land noch grösser gemacht.

Wegen Menschen wie Sarah, die mir gegenüber wohnt. Sarah mit «h», das ist wichtig. Sie ist der witzigste Mensch, den ich je getroffen habe. Das bedeutet etwas in einem Land, in dem der Humor eines zufälligen Busfahrers locker den der drei oder vier letzten Salzburger-Stier-PreisträgerInnen überflügelt. Niemand ist ironischer als AmerikanerInnen und niemand ist ironischer als Sarah. Glücklicherweise trinkt sie auch gerne, was mich mit Claire zusammenbrachte, die Nachbarin von etwas weiter unten. Claire hat der jahrelange Verzicht auf Kohlenhydrate einen Hauch von Hoffnungslosigkeit ins Gesicht geschrieben, was der übernatürlichen Perfektion ihrer Erscheinung guttut und sie tatsächlich noch schöner macht. Bevor ich diese grosse, schwankende Frau an meinem Arm einmal spätabends zurück in ihr Haus bringen musste, hatten wir uns weinselig über meinen anderen Nachbarn, den pensionierten Pfarrer unterhalten. Mike heisst er. Ein eleganter älterer Mann, der nur noch Beerdigungen macht. Mike hat ein BMW-Sport-Cabriolet, einen grossen Töff, kürzlich erst sein Flugzeug verkauft und er hat eine sehr wertvolle Münzsammlung. Die

gut gebauten jungen Männer, die samstags gegen Abend vorfahren und zu ihm ins Haus gehen, tun das allerdings kaum wegen dieser Münzen.

Ja, es ist furchtbar zu wissen, dass die trinkende, kühle Blondine, meine witzige, jüdische Nachbarin, der schwule Priester und auch ich in je anderen Teilen des Landes weniger froh zusammenleben könnten. Aber dann laufe ich durch irgendeine Strasse, auch weit entfernt vom linken Washington, und jemand ruft mir zu, dass er meine Haare liebt, und seit ich angefangen habe, das auch zu tun, also wildfremden Menschen Komplimente zu machen, bin ich irgendwie glücklicher. Diese schiere Freundlichkeit hat etwas so Verbindendes, dass tatsächlich die Schiessereien, die hier häufiger und näher stattfinden, als einem lieb ist, die Toten, die es mangels Geldes für Medikamente doch nicht schafften oder die gigantische Opioid-Krise und das Versagen der Regierung in den Hintergrund rückt. Man kann trotzdem grosse Gefühle haben für dieses Land.

So habe ich denn in diesen letzten Monaten einiges über die Liebe gelernt. Politisch bin ich noch immer sehr ratlos.

Andrea Sprecher

Reklame




WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR DICH.

**Jacqueline Fehr und
Priska Seiler Graf**

zusammen mit Martin Neukom
und Anne-Claude Hensch
in den Regierungsrat



